

Sudetendeutsche Post



P. b. b. Erscheinungsort Linz
Verlagspostamt Linz 2

Offizielles Organ der Sudetendeutschen

Landsmannschaft

in Österreich (SÖD)

10. Jahrgang

6. November 1964

folgt 21

Sudetendeutsche bei Erhard

Selbstbestimmungs- und Heimatrecht stehen fest — Sache des ganzen deutschen Volkes

BONN. Das seit Ende Juli geplante Gespräch zwischen Vertretern des Sudetendeutschen Rates und der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit Mitgliedern der Bundesregierung, mit Bundeskanzler Erhard an der Spitze, hat am 16. Oktober in Bonn stattgefunden.

Von Regierungsseite haben an dem mehrstündigen Gespräch neben Bundeskanzler Erhard die Bundesminister Lemmer und Westrick sowie die Staatssekretäre Carstens vom Auswärtigen Amt, Dr. Nahm vom Vertriebenenministerium, Dr. Kraufwig vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und von Hase, der Leiter des Bundespresseamtes, teilgenommen.

Von sudetendeutscher Seite nahmen am Gespräch der Präsident des Sudetendeutschen Rates, Staatsminister Schütz, der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bundesminister Doktor Seebohm, der Vorsitzende der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. h. c. Jaksch, ferner Zoglmann, Dr. Strosche und Dr. Böhm teil.

Nach Abschluß der Besprechungen wurde folgende gemeinsame Erklärung veröffentlicht:

„Der Bundeskanzler empfing das Präsidium des Sudetendeutschen Rates und den Vorsitzenden des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu einer eingehenden Aussprache, die in offener und vertrauensvoller Atmosphäre stattfand. Der Bundeskanzler würdigte den großen Beitrag, den die Sudetendeutschen zum Wiederaufbau unseres Landes und zur Festigung seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung geleistet haben.

Der Bundeskanzler stellte fest, daß die Bundesrepublik Deutschland keine territorialen Forderungen an die Tschechoslowakei erhebt. Diese Feststellung schließt das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nicht aus.

Die Vertreter der Sudetendeutschen bekräftigten ihren Willen, ausschließlich auf friedlichem Wege für ihre Rechte einzutreten.

Die Gesprächsteilnehmer stimmten überein, auf dem Wege der Verständigung eine dauerhafte, gerechte und einem wahren Frieden dienende Ordnung zu schaffen. Sie stellten ferner fest, daß die Lösung der aus der ungerechten Vertreibung entstandenen Probleme Sache des ganzen deutschen Volkes und seiner verfassungsmäßigen Organe ist.“

Eine Erklärung der FDP

1. Die FDP anerkennt die positive politische Haltung der sudetendeutschen Vertriebenen, die einen wesentlichen Beitrag zum deutschen Wiederaufbau und zur Stärkung der Demokratie im freien Teil Deutschlands geleistet haben.

2. Die FDP erneuert nachdrücklich ihre Stellungnahme, die sie im Bundestag anläß-

lich der gemeinsamen Verabschiedung der Erklärung zur sudetendeutschen Frage vom 14. Juli 1950 abgegeben hat. Unverändert lehnt die FDP es ab, daß „die völkerrechtswidrige und unmenschliche Austreibung der Sudetendeutschen als unabänderlich, gerecht und endgültig anerkannt“ wird, wie es das Sowjetzonenregime getan hat. Unverändert stellt die FDP fest, daß eine solche Anerkennung „nicht vereinbar mit dem unveräußerlichen Anspruch des Menschen auf seine Heimat“ ist.

3. Die FDP wird sich auch weiterhin für dieses unveräußerliche Menschenrecht und für das hieraus erwachsende Selbstbestimmungsrecht der sudetendeutschen und darüber hinaus aller anderen Volksgruppen einsetzen.

4. Die FDP wird sich dafür einsetzen, daß das IV. Ergänzungsprotokoll zum Europäischen Abkommen über den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 16. September 1963, dessen Art. 3 und 4 dem Heimatrecht für die beigetretenen Staaten auf neue eine feste völkerrechtliche Gestalt verleiht, vom Deutschen Bundestag so bald wie möglich ratifiziert wird.

5. Die zukünftige deutsche Friedensregelung muß, wenn sie diesen Namen wirklich verdienen will und dauerhaft sein soll, dem Heimat- und Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen Rechnung tragen. Das deutsche Volk ist aufgerufen, diesen Anspruch immer wieder aufs neue zu bekunden. Die deutsche Außenpolitik hat jeden ihrer Schritte vorher darauf zu prüfen, ob er geeignet sein

könnte, die Verwirklichung dieses Anspruchs zu erschweren. Die FDP wird sich auch weiterhin jedem Versuch widersetzen, die deutsche Außenpolitik durch Verzichtserklärungen einzuengen.

6. Auch die sudetendeutsche Frage kann nur im Zuge der allgemeinen deutschen Friedensregelung endgültig gelöst werden. Die FDP bekräftigt die Entschließung ihres Bundeskongresses für Vertriebene und Flüchtlinge vom 6. September 1964 in Braunschweig, wonach die Diskussion über die Gültigkeit des sogenannten „Münchener Abkommens“ den Anspruch auch der Sudetendeutschen auf ihr Heimat- und Selbstbestimmungsrecht in keiner Weise berührt.

7. Die FDP hat zur Kenntnis genommen, daß die Sudetendeutsche Landsmannschaft als die legitime heimatpolitische Vertretung der Sudetendeutschen diejenige Lösung der Sudetenfrage als die beste betrachtet, der auch das tschechische Volk im Geiste einer gesamteuropäischen Verständigung frei zustimmen kann (Punkt 17 und 20 der landsmannschaftlichen „20 Punkte zur Sudetenfrage“ von 1961). Die FDP unterstützt die Sudetendeutsche Landsmannschaft in dieser Auffassung und erwartet, daß sie diesen verantwortungsbewußten Geist in den Reihen der in Freiheit lebenden Sudetendeutschen auch in Zukunft lebendig hält. Die FDP wird das ihre dazu beitragen, der Sudetendeutschen Landsmannschaft die Erfüllung aller damit verbundenen Aufgaben zu ermöglichen und zu erleichtern.

Grenzfestlegung nur im Friedensvertrag

BONN. In einem Gespräch mit Präsidialmitgliedern des Bundes der Vertriebenen, an dem von seiten der Regierung die Bundesminister Dr. Mende, Dr. Lemmer und Dr. Westrick sowie die Staatssekretäre Dr. Nahm und Dr. Carstens teilnahmen, bekräftigte Bundeskanzler Erhard am 22. Oktober erneut die Auffassung der Bundesregierung, daß die Grenzen Deutschlands, das nach geltender Rechtsauffassung in den Grenzen vom 31. 12. 1937 fortbesteht, nur in einem Friedensvertrag mit einer nach demokratischen Grundsätzen gebildeten gesamtdeutschen Führung geregelt werden kann.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. h. c. Jaksch, wies darauf hin, daß noch eine Reihe sozialer und wirtschaftspolitischer Fragen der Vertriebenen zur Erledigung anstehen. Man kam überein, daß die in dem Gespräch angeschnittenen Fragen mit den zuständigen Ressorts behandelt werden sollen.

Beide Seiten stimmen darin überein, im Verhältnis zu den osteuropäischen Völkern den Weg der Verständigung und des Ausgleichs zu verfolgen, und unterstrichen die Notwendigkeit, radikale Strömungen abzuwehren. Besprochen wurde auch die Familienzusammenführung aus den Vertriebungsgebieten.

Österreich ist Ausland für Bundesrepublik

Präsident des Bundesausgleichsamtes: Nicht jede Sitzverlegung ist Auswanderung

BONN. In der Folge 19 hat sich die „Sudetendeutsche Post“ vom 9. Oktober 1964 in dem Artikel „Zwischen zwei Sesseln“ mit der Situation derjenigen Vertriebenen befaßt, die vor dem im deutschen Lastenausgleich maßgebenden Stichtag 1952 nach mindestens einjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik ihren ständigen Aufenthalt in ein anderes Land verlegt haben. Insbesondere hat sich die „Sudetendeutsche Post“ mit den Fällen befaßt, in denen nach vorausgegangener deutscher Ablehnung auch in Oesterreich abgelehnt worden ist.

Dazu nimmt der Präsident des Bundesausgleichsamtes folgende Stellung ein:

Es entspricht der Auffassung der deutschen und — wenn ich dies richtig wiedergebe — auch der der österreichischen Zentralstellen, daß Geschädigte dieser Art nicht ausfallen dürfen, sondern bei Erfüllung aller sonstigen Voraussetzungen Leistungen zu erhalten haben. Meinungsverschiedenheiten bestehen allerdings darüber, ob die Leistungen nach österreichischem oder nach deutschem Recht zu gewähren sind. Ueber diesen Hinweis hinaus zu dem in dem Artikel vertretenen Anliegen sachlich Stellung zu nehmen, wäre angesichts der schwebenden Fühlungnahme zwischen den beiderseitigen zentralen Stellen nicht angebracht.

Jedoch muß ich mit Nachdruck einen grund-

sätzlichen Irrtum berichtigen. Weder das Bundesverwaltungsgericht noch die Ausgleichsverwaltung sind bei der Auslegung des § 230 LAG jemals davon ausgegangen, daß „Oesterreich und andere Gebiete, die dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehören, für die Bundesrepublik Deutschland oder für die Heimatvertriebenen nicht als Ausland gelten“. Die Verlegung des ständigen Aufenthaltes aus der Bundesrepublik Deutschland in die Republik Oesterreich ist selbstverständlich eine Verlegung des ständigen Aufenthaltes in das Ausland. Dem Leser der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes und der Bestimmungen des Bundesausgleichsamtes kann hieran nicht der geringste Zweifel kommen. In Wirklichkeit geht es im deutschen Recht ausschließlich um den Begriff der Auswanderung. Nach der deutschen höchstrichterlichen Rechtsprechung und nach der Systematik des Lastenausgleichsgesetzes besteht im Lastenausgleich ein Unterschied zwischen einem engeren, durch bestimmte Merkmale qualifizierten Begriff der Auswanderung und dem weiterreichenden, auch andere Fälle mit umfassenden allgemeinen Begriff der Verlegung des ständigen Aufenthaltes in das Ausland. In beiden Fällen wird der ständige Aufenthalt in das Ausland verlegt; doch ist nicht jede Verlegung des ständigen Aufenthaltes in das Ausland zugleich eine Auswanderung.

Der Zug ist wieder im Gleis!

Von Gustav Putz

Das gemeinsame Kommuniqué über die Aussprache zwischen Bundeskanzler Erhard und dem Präsidium des Sudetendeutschen Rates läßt sich in drei Teile gliedern: 1. Die Feststellung des Bundeskanzlers, daß die Bundesrepublik Deutschland keine territorialen Forderungen an die Tschechoslowakei hat. 2. Die Feststellung der Sudetendeutschen, ausschließlich auf friedlichem Wege ihre Rechte zu verfechten. 3. Die gemeinsame Feststellung, daß eine dauerhafte und gerechte Ordnung angestrebt wird, daß die Vertreibung unrechtmäßig ist und die Lösung der daraus entstandenen Probleme eine Sache des ganzen deutschen Volkes und seiner verfassungsmäßigen Organe ist.

Mehr ist aus der Aussprache nicht an die Öffentlichkeit gedrungen. Wie also soll die gemeinsame Erklärung verstanden werden und was für Folgen ergeben sich aus ihr für die heimatpolitische Orientierung der Sudetendeutschen?

Suchen wir zunächst nach dem, was in der Erklärung nicht steht, obwohl es von mancher Seite erwartet wurde, besonders von den Tschechen. Es steht nichts drinnen vom Münchener Abkommen. Die Rechtsgültigkeit des Münchener Abkommens ist unter den Völkerrechtlern, auch unter jenen, die den Sudetendeutschen nahestehen, umstritten. Es kann sich darüber in einer zweistündigen Besprechung auch keine Klarheit ergeben, das Münchener Abkommen mußte also draußen bleiben.

Die Erklärung über das Münchener Abkommen mußte ersetzt werden durch eine unumstößliche Feststellung: Daß nämlich das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen fortbesteht, auch dann, wenn die Bundesrepublik keine Gebietsforderungen an die Tschechoslowakei erhebt. Das Heimatrecht ist niemals von Grenzen und niemals von der Staatsform abhängig gewesen. Die Sudetendeutschen haben das Recht auf ihre Heimat besessen in der Monarchie, sie haben es — obgleich ihnen das Selbstbestimmungsrecht und der gewünschte Anschluß an die deutsch-österreichische Republik verweigert wurde — behalten in der Tschechoslowakischen Republik, es stand ihnen auch zu im Großdeutschen Reich, wengleich nicht wenigen von den Sudetendeutschen auf Grund ihrer Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und aus anderen Gründen das Recht, in der Heimat zu verbleiben, schon damals verweigert worden ist. Generell beseitigt wurde das Heimatrecht allerdings unter dem nationaltschechischen Regime von 1945.

Der Bundeskanzler geht aber in seiner Erklärung über das Heimatrecht hinaus. Er nimmt für die Sudetendeutschen auch das Selbstbestimmungsrecht in Anspruch. Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht sind in der Geschichte selten identisch gewesen. In der jüngsten Geschichte hat man den Sudetendeutschen im Jahre 1918 das Heimatrecht gelassen, das Selbstbestimmungsrecht versagt. Im Jahre 1938 war es im Sudetenland genau so wie in Oesterreich: Obwohl der Anschluß an das Großdeutsche Reich unter den Titel „Selbstbestimmungsrecht“ gestellt war, waren die Oesterreicher und die Sudetendeutschen in den Folgejahren weit davon entfernt, ihr Land gemäß ihren eigenen Ansichten regieren zu dürfen. Die Verquickung von Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht heißt, daß den Sudetendeutschen die Rückkehr in ihre Heimat offenstehen und in der Heimat Autonomie gewährt werden muß. Was durchaus nicht mit Grenzänderungen verbunden sein muß. Und schon gar nicht mit Gewaltmaßnahmen, wie die Vertreter der Sudetendeutschen zum wiederholten Male und auch vor dem Bundeskanzler wieder feststellten.

Im dritten und letzten Absatz der Erklärung wird der Weg der Verständigung gemeinsam als der richtige angesehen. Damit wird dem tschechischen Schlagwort vom Revanchismus der Wind aus den Segeln genommen. Wer auf Revanche sinnt,

der betritt nicht den Weg der Verständigung. Ziel der Verständigung ist eine dauerhafte, gerechte und einem wahren Frieden dienende Ordnung. Darauf können auch die Tschechen und die anderen Ausreiber eingehen, wenn es wahr ist, was sie bisher immer beteuerten, daß ihnen nämlich um nichts zu tun ist als um den Frieden. Um des Friedens willen sind die Deutschen, eingeschlossen die Sudetendeutschen, bereit, viele Opfer zu bringen. Da aber der Friede Dauerhaftigkeit nur auf dem Boden der Gerechtigkeit hat, kann er nicht so aussehen, daß die Tschechen auf dem Raube bestehen, den sie 1945 ausgeübt haben. Gerechtigkeit schließt ein, daß den Tschechen Genugtuung geleistet wird für das, was sie unter dem Nationalsozialismus gelitten haben und opfern mußten. Gerechtigkeit schließt aber auch ein, daß nicht die Sudetendeutschen pauschal als die Gewalttäter hingestellt werden dürfen, denen die Last der Vergeltung aufgeladen werden müsse.

So ist es, wie der letzte Satz der Erklärung es ausdrückt, Sache des ganzen deutschen Volkes, die Genugtuung auf sich zu nehmen und für eine gerechte Verteilung der Last zu sorgen. Das beschränkt sich allerdings nicht auf einen innerdeutschen „Lastenausgleich“. Einbezogen muß auch der ideelle Wert der Heimat werden. Wer gibt einem Binnendeutschen, der das Schicksal der Vertreibung nicht erlitten hat, das Recht, großzügig auf das Heimatrecht seiner Mitmenschen zu verzichten, wie es verschiedene Illustrierten-, Rundfunk- und Fernsehjournalisten in Deutschland tun? Der Hinweis, die Lösung der Vertreibungsprobleme sei Sache der verfassungsmäßigen Organe, ist ein Wink mit dem Zaunpfahl an jene Kreise in der Bundesrepublik, die sich über die einhellige Willenserklärung des Bundestages von 1950 hinwegsetzen und ihre eigene Politik, die Politik des Verzichtes, propagieren.

Von dieser Politik hat sich offenbar Bundeskanzler Erhard auf Grund der Aussprache mit den Sudetendeutschen distanziert. Daher konnte Dr. Seehofer nachher feststellen, daß er abermals für den Posten eines Sprechers kandidieren kann. Eine Unvereinbarkeit mit dem Amte eines Bundesministers ist nicht mehr gegeben, nachdem der Bundeskanzler als der verantwortliche Leiter der Politik eingeschwenkt ist auf die Linie, die von den Sudetendeutschen immer gehalten worden ist. Für einen Kenner der Entwicklung bringt die Erklärung keine Überraschung, man würde sie kaum für nötig halten, wenn man sich nicht in den letzten Monaten dazu hätte verleiten lassen, in Worte sudetendeutscher Sprecher mehr hineinzuweisen als drinnen war. Nun aber ist der Zug wieder ins Gleis gehoben worden.

Asylgewährung in der Kritik

WIEN. Die Abgeordneten Machunze, Doktor Josef Gruber, Mittendorfer und Genossen richteten an den Bundesminister für Inneres eine Anfrage über das Asylrecht in Oesterreich.

In den letzten Monaten wurde in der in- und ausländischen Presse immer häufiger über aufklärungsbedürftige Zustände in Oesterreich im Zusammenhang mit dem Flüchtlingswesen berichtet. Im amerikanischen Parlament erhob ein Abgeordneter schwere Anklage gegen Oesterreich.

Die Anschuldigungen, die in diesem Zusammenhang gegenüber Oesterreich erhoben wurden, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- a) Oesterreich legt die Bestimmungen der UN-Flüchtlingskonvention zu engherzig aus, wenn es um die Gewährung des Asylrechtes geht;
- b) wenn jemand in Oesterreich als Flüchtling anerkannt werden will, muß er vorher sein Leben durch eine Flucht durch Stacheldraht und Minenfelder einsetzen;
- c) in jedem Asylwerber, der mit einem Reisepaß und einem ausländischen Visum nach Oesterreich einreist, sehen die österreichischen Behörden einen Verdächtigen;
- d) ohne gründliche Ueberprüfung und oft unter fadenscheinigen Begründungen werden Asylwerber in ihre früheren Heimatländer abgeschoben, wo ihnen schwere Strafen drohen.

Diese Diskussion gibt den Abgeordneten Anlaß, an den Bundesminister für Inneres folgende Anfragen zu richten:

1. In welcher Weise sind die Grenz- und Sicherheitsorgane mit den Bestimmungen der von Oesterreich ratifizierten UN-Flüchtlingskonvention vertraut gemacht?
2. In welcher Weise erfolgt die Ueberprüfung eines Asylwerbers durch die zuständigen österreichischen Behörden?
3. Welche Maßnahmen beabsichtigt der Herr Bundesminister für Inneres zu treffen, um auch jenen Asylwerbern das nachgesuchte Asylrecht zu gewähren, die mit einem Paß und einem Visum nach Oesterreich einreisen und hier um Asylgewährung ansuchen?
4. Ist der Herr Bundesminister bereit, bestehende freiwillige Hilfsorganisationen für die Beratung und Betreuung der Flüchtlinge heranzuziehen, besonders dann, wenn es um Fragen der Auswanderung geht?
- Hier haben sich in der Vergangenheit die dem Bundesministerium für Inneres zweifellos bekannten Organisationen bestens bewährt.
5. Ist der Herr Bundesminister bereit, den

Große Sudetendeutsche Debatte im Bundestag

Alle deutschen Parteien auf der Seite des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes

BONN. Knapp vor dem Gespräch zwischen Bundeskanzler Erhard und den Vertretern des Sudetendeutschen Rates wurde im Bundestag eine große Debatte über die Probleme der Sudetendeutschen abgeführt. Sie nahm ihren Ausgang von einer außenpolitischen Erklärung des Bundeskanzlers. Dieser hatte zu der Aufnahme amtlicher wirtschaftlicher Beziehungen zur Tschechoslowakei die Hoffnung ausgesprochen, daß sie gutnachbarliche Beziehungen schaffen würden. Dieses Ziel müßte bei beiderseitigem gutem Willen um so eher zu erreichen sein, als es zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland keine ungeklärten Grenzfragen gebe.

Die Debatte war natürlich stark von parteipolitischen Gesichtspunkten bestimmt. Das hatte damit begonnen, daß der Fraktionsführer der Sozialdemokraten, Fritz Erler, die Reden des Bundesministers Seehofer angegriffen hat. Es wäre die wichtigste Aufgabe der deutschen Außenpolitik, Vertrauen zum deutschen Kurs zu schaffen, sich als verantwortungsvolles Glied in den europäischen Gemeinschaften zu zeigen und keine gefährlichen nationalistischen Einzelgänge durchschimmern zu lassen. Gelte das eigentlich auch für die Reden Seehofers in Nürnberg und Lichtenfels? Die Frage sei erlaubt, ob der Bundeskanzler Ordnung im eigenen Hause zu schaffen gedenke, nachdem der Minister trotz der Rüge die früheren Reden wörtlich bestätigt habe. Darauf erinnerte Siegfried Zoglmann (FDP) Erler daran, daß vor der letzten Bundestagswahl das Präsidium seiner Partei mit dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Seehofer, Übereinstimmung darüber erzielt hat, daß die sudetendeutsche Frage durch die Vertreibung nicht erledigt ist. Die Vertreibung war nach der damaligen Erklärung widerrechtlich. Es wurde von der SPD ausdrücklich zur Kenntnis genommen, daß das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen durch die Feststellung nicht ausgeschlossen wird, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 rechtlich fortbesteht. Soll diese Erklärung, fragte Abg. Zoglmann, erst wieder im nächsten Jahr (in dem wieder Wahlen fällig sind) Gültigkeit erlangen oder gilt sie auch heute?

Noch genauer erinnerte Dr. Strauß die Sozialdemokraten an ihre Erklärung von Bergneustadt im Jahre 1961 und stellte fest, daß nicht der geringste materielle Unterschied zwischen dieser Erklärung und den Reden Seehofers besteht.

In dieser Phase der Debatte meldete sich Abg. Dr. Jaksch zu Wort. Er sagte: „Zu den Gebieten, die aus dem Parteienstreit ausgeklammert werden sollten, gehört der ganze Fragenkomplex der deutschen Ostpolitik. Die Vertriebenenverbände und Landsmannschaften haben einer initiativen Ostpolitik keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt, sondern sie sogar gegen mißgünstige Kritik abgeschirmt.“

Hinsichtlich der Methoden unserer Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern werden noch manche Abklärungen notwendig sein. Die Leiter der Handelsmissionen können nicht nur als Briefträger für handelspolitische Konzessionen der Bundesrepublik dienen. Es muß auch ein Gegenverkehr für die Anbringung deutscher Wünsche in Gang gesetzt werden. Man kann auf die Dauer das Problem der menschlichen Notstände in den Vertreibungsgebieten nicht aus den Gesprächen mit den osteuropäischen Regierungen ausklammern.

Im kommenden Jahre werden es zwei Jahrzehnte seit dem Beginn der großen Austreibungstragödie sein. Dieser Jahrestag wäre ein guter Anlaß, auch der Opfer zu gedenken, die großen Teilen des deutschen Volkes nach dem Tage des Waffenstillstandes für die Verbrechen Hitlers abgefordert wurden, vielleicht nicht im Sinne des Aufreißen alter Wunden, sondern im Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung aller europäischen Völker für die Wiederherstellung der Menschlichkeit.

Abschließend noch einige Bemerkungen zu dem Aspekt der deutsch-tschechischen Beziehungen, die den Hintergrund der jetzigen Kontroverse über zwei Reden des Herrn Bundesministers Seehofer bildeten.

Auch andere Mitglieder der Bundesregierung, wie etwa der Herr Bundesverteidigungsminister von Hassel, oder der Herr Innenminister Höcherl, haben auf sudetendeutschen Kundgebungen weitgehende Erklärungen abgegeben, die sich in keiner Weise mit den Interviews decken, die der Herr Bundeskanzler in Kanada und in den Vereinigten Staaten gegeben hat.

Durch solche Zwiespältigkeiten wird nur der Radikalisierung der Vertriebenen Vorschub geleistet, die uns in den Verbänden zunehmende Sorge bereitet.

Im Hintergrund dieser Diskussionen steht das Drama eines Grenzvolkes, das durch den Spruch der Friedensverträge von 1919 in unlösbare Verstrickungen hineingeworfen wurde. Es ist in der internationalen Diskussion viel zu wenig bekannt, daß die Sudetendeutschen ein Industrievolk gewesen sind: zwei Drittel meiner Landsleute waren Arbeitnehmer. Das industrielle Sudetenland war eine Hochburg der altösterreichischen Sozialdemokratie. Durch die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes im Jahre 1919 hat man dieses von der Bundesregierung eingesetzten Beirat für Flüchtlingsfragen auch in Angelegenheiten der fremdsprachigen Flüchtlinge beratend heranzuziehen?

6. Welche Möglichkeiten sieht der Herr Bundesminister, neue Auswanderungsmöglichkeiten für Konventionsflüchtlinge zu erschließen, um die Auswanderung der auswanderungswilligen Flüchtlinge zu beschleunigen?

Grenzvolk in tragische Verstrickungen hineingeworfen. Ich stehe hier als ein Kronzeuge dieses Dramas. Wir haben versucht, auf dem Boden der Tatsachen, wie sie die Friedensverträge geschaffen hatten, einen Ausgleich mit dem tschechischen Volk zu finden. Die demokratischen Parteien der Sudetendeutschen haben sich für den Gedanken der nationalen Verständigung hingeopfert. Das sollte auch in der Bundesrepublik bei der Diskussion über das sudetendeutsche Problem zur Kenntnis genommen werden.

Bei dem Echo solcher Kundgebungen sollte man auch in Betracht ziehen, daß große internationale Zeitungen in der Sudetenfrage ein schlechtes Gewissen haben.

Ich kenne die Londoner „Times“ noch aus der Zeit, da sie für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen Leitartikel schrieb. Ich erinnere mich an das Schweigen dieser großen Zeitung nach dem Kriege, als sich das Vertreibungs-drama abspielte und als die Menschen um Hilfe riefen, die wehrlos einer wahllosen Rache ausgeliefert waren.

Im Jahre 1950 wurde ein Freundschaftsvertrag zwischen den Herren Pankows und der tschechoslowakischen Regierung in Prag abgeschlossen. Darin wurde die Vertreibung der Sudetendeutschen als „gerecht und endgültig“ bezeichnet. Dagegen hat der 1. Deutsche Bundestag feierlich Stellung genommen und hat durch den Mund seines Präsidenten Löbe verkündet:

Das Prager Abkommen ist nicht vereinbar mit dem unveräußerlichen Anspruch des Menschen auf seine Heimat. Der Deutsche Bundestag erhebt deshalb feierlich Einspruch gegen die Preisgabe des Heimatrechts der in die Obhut der Bundesrepublik Deutschland gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei.

Es geht um die Auslegung dieser Obhutserklärung des Deutschen Bundestages. Ich bitte um Ihr Verständnis, wenn ich sage,

daß wir unsere Pflicht vernachlässigen würden, wenn wir als Angehörige der sudetendeutschen Volksgruppe hinnähmen, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen ein geringeres Unrecht war als die Vertreibung der

Schlesier oder Pommern oder Ostpreußen.

Aus dieser Erwägung haben wir in Gesprächen mit den politischen Parteien versucht, das Verständnis für unsere Forderung nach Wiedergutmachung dieses Unrechtes auch in die gegenwärtige Situation zu übertragen. Wir werden dankbar sein für jedes Verständnis, das wir dabei finden.

Dr. Achenbach (FDP) meinte zur Revisionsfrage: Wenn man sich entschließt, sich an einen Tisch zu setzen, ist es aber doch ganz natürlich, daß jede Seite mit einer gewissen Ausgangshaltung an den Tisch kommt. Es ist ganz natürlich, daß diejenigen, die sich etwas genommen haben, das behalten wollen, und diejenigen, denen man etwas genommen hat, das nach Möglichkeit wiederhaben möchten. Diesen einfachen Tatbestand sollte man nicht mit emotionalen Worten wie Revisionismus oder Nationalismus belasten.

Angesichts dieser Situation ist es doch recht unvernünftig, daß wir uns hier nun innerhalb unseres Volkes darüber zerstreiten, ob man bestimmte Zugeständnisse, die man uns vielleicht abfordern wird, machen soll oder nicht machen soll. Das hat doch wirklich Zeit bis zu dem Moment, in dem man am Verhandlungstisch sitzt.

Diese Haltung trifft besonders auf unser Verhältnis zu unseren unmittelbaren östlichen Nachbarn zu. Wer will denn bestreiten — das tun jene ja selbst nicht —, daß unser Verhältnis zu Polen und auch unser Verhältnis zur Tschechoslowakei dadurch bestimmt werden, daß wir diesen Völkern Unbill zugefügt haben, daß aber ebenso auch unseren Landsleuten Unbill zugefügt worden ist? Lassen Sie mich in dem Zusammenhang sagen, daß die Freie Demokratische Partei ein für allemal bei der Auffassung bleibt, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen ein Unrecht war, das nicht geeignet ist, das dem tschechischen Volk vorher zugefügte Unrecht aus der Welt zu schaffen. Unser Ziel ist, mit unseren polnischen Nachbarn und mit unseren tschechischen Nachbarn in einem ähnlich guten, herzlichen und freundschaftlichen Verhältnis zu leben, wie es zu unserer aller Freude gelungen ist, es mit unseren französischen Freunden herzustellen.

CSR war keine osteuropäische Schweiz

Abg. Herbert Wehner (SPD) vertrat die Meinung, daß juristische und scheinjuristische Debatten über das Münchner Abkommen eher geeignet sind, das zu zerstören, was in den Punkten steht, die zwischen Landsmannschaft und SPD erarbeitet worden sind. Je mehr heute — ob gelehrt oder eifernd — über die Rechtsgültigkeit des Münchner Abkommens gestritten wird, um so mehr werden wir uns alle von dem entfernen, was unser ganzes Volk und die Heimatvertriebenen in unserem Volk brauchen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß alle Welt das Münchner Abkommen heute als den letzten Erpressungsversuch Hitlers vor dem zweiten Weltkrieg ansieht. Unsere sudetendeutschen Landsleute sind damals wirklich Marionetten des Schicksals gewesen oder als solche bewegt worden. Es ist richtig, man hatte ihnen 1918 das Selbstbestimmungsrecht verweigert. Das vergessen heute leider sehr viele, die in Zeitschriften schreiben oder im Fernsehen oder im Rundfunk Kommentare machen, (Beifall auf allen Seiten des Hauses) und sie bedenken dabei gar nicht, wie vielen Menschen sie zu nahe treten und wehtun, weil sie an etwas rühren und etwas mißfachten, was man nicht mißfachten darf, wenn man ein Volk nicht zur Selbstauflösung drängen will. (Erneuter Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Das haben die meisten vergessen: als ob die damalige Tschechoslowakische Republik eine Art osteuropäische Schweiz gewesen wäre. Das war sie leider nicht, und mancher weiß aus eigener Anschauung, daß sie das leider nicht war. Bei allem, was es dort auch an menschlich Erhebendem gegeben hat, war sie doch nicht die osteuropäische Schweiz, sondern sie hat den Sudetendeutschen Unrecht getan, und sie hat sie damit sozusagen selber denen ausgeliefert, deren Hypothek wir nach wie vor besonders zu tragen haben, auch gegen jene drüben, die davon nichts mehr wissen wollen, womit sie selbst angefangen haben, das muß man ja wohl sehen.

Es ist aber — das gehört dazu — nicht zu bestreiten, daß Hitler die Sudetendeutschen nicht „heim ins Reich“ geholt hat, um ihnen dort das verweigerter Selbstbestimmungsrecht zu geben, sondern weil für ihn ihr Schicksal ein geeigneter Anlaß war, seine Art Großmachtspolitik betreiben zu können.

Nun möchte ich mit dazu beitragen — wir sollten es alle versuchen —, daß die innerdeutsche Diskussion von der Unerträglichkeit entlastet wird, daß eine ganze Gruppe von Menschen sich dieser Diskussion ausgesetzt sieht, Menschen, die bei uns und mit uns leben und denen wir viel verdanken, weil sie in den Zeiten, in denen Trümmer und Dreck vorherrschten, mitgearbeitet haben, sogar Ansporn für viele waren und dazu beigetragen haben, daß jene Wand, von der man befürchtet hatte, sie würde zwischen Einheimischen und anderen bestehen, damals in der Praxis durchstoßen wurde. Ich möchte — nun nicht mehr aus der Erinnerung an dieses historische Verdienst —, daß wir diese Diskussion nicht einfach tatenlos anschwellen lassen, als wären diejenigen, die sich für das Heimatrecht der Sudetendeutschen einsetzen, Revanchisten oder Revisionisten. Der Ausdruck ist zu ganz anderen Zwecken erfunden worden. Wir wollen in der Auseinandersetzung weder ihn noch den Ausdruck „Kalte Krieger“ gebrauchen.

Abg. Zoglmann (FDP): Wir sollten dem Kollegen Wehner sehr dankbar sein, daß er mit so erfreulicher Klarheit zu einem Problem Stellung genommen hat. Wir können die Bergneustädter Erklärung des Präsidiums der SPD nur unterstreichen. Wenn es heißt, daß die sudetendeutsche Frage durch die Vertreibung der Sudetendeutschen nicht erledigt sei, daß die Vertreibung widerrechtlich gewesen sei und auf friedlichem Wege wiedergutmacht werden müsse, ohne daß anderen Menschen aufs neue Unrecht geschehe, dann ist das genau das, worauf wir uns wohl alle verständigen können.

Friedensvertrag nicht ohne Heimatrecht

Es heißt in der Erklärung weiter: Die Feststellung, wonach Deutschland in den Grenzen von 1937 fortbesteht, schließt das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nicht aus. Ich bitte Herrn Staatssekretär Carstens, den Herrn Bundeskanzler bei der Abfassung von Erklärungen in diesem Hause künftig in dieser Richtung zu beraten. Ich würde es begrüßen, wenn der Bundeskanzler, sofern er schon solche Erklärungen abgibt, zumindest einen solchen Zusatz anbrächte. Denn dann kann kein Zweifel daran entstehen, was wir alle meinen.

Eine künftige deutsche Friedensregelung wird nur möglich sein, wenn sie das Recht auf Heimat und das Recht auf Selbstbestimmung aller Deutschen zum Inhalt hat. Sonst verdient eine solche Friedensregelung diesen Namen nicht.

Die deutsche Außenpolitik sollte sich bei jedem Schritt genau überlegen, ob das, was sie tut, eine solche künftige Regelung erleichtert oder erschwert. Man sollte daher mit vorzeitigen Verzichtserklärungen äußerst vorsichtig sein, weil sie die Manövrierfähigkeit jedes künftigen deutschen Staatsmannes, der ja mit einem sehr schweren Gepäck in solche Verhandlungen hineingeht, einengt und erschwert.

Ich möchte mich in dieser vorgerückten Stunde zum Münchner Abkommen nicht näher äußern. Aber soviel möchte ich dennoch sagen: die gegen das Münchner Abkommen vorgetragenen Einwände sind mir zu billig, als daß ich sie gelten lassen möchte. Denn wenn man sagt, dieses Abkommen sei unter Gewalt und unter Drohung zustande gekommen, so muß ich dem entgegenhalten: mir ist aus den letzten vierhundert Jahren kein völkerrechtliches Abkommen, das einen Verzicht auf wesentliche Teile des Staatsgebietes enthält, bekannt, das etwa nicht unter Gewalt und Drohung zustande gekommen wäre. Das gilt für den Vertrag von Versailles genauso wie für alle Regelungen im 19. Jahrhundert. Wir sollten daher hinsichtlich dieses Arguments ein bißchen vorsichtiger sein. Von daher leitet sich nach meinem Dafürhalten rechtlich nichts ab.

Weiter wurde gesagt: Hitler hat es zerrissen, das Abkommen ist nicht existent. Dazu muß ich Ihnen sagen: Dann ist mir unklarlich, wieso die Sowjetrussen in ihrem Friedensvertragsvorschlag 1959 von uns ausdrücklich den Verzicht auf dieses Abkommen verlangen. Die Sowjets unterstellen also doch offenbar, daß das Abkommen irgendwie noch im Raume ist. Auch das scheint mir daher ein sehr billiges Argument zu sein.

Plan oder Freiheit

Die tschechoslowakische Wirtschaft am Scheideweg / Dr. Heinrich Kuhn

Die bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen zwischen Bonn und Prag lassen eine genaue Kenntnis der ökonomischen Verhältnisse in der CSSR als notwendig erscheinen. Wie in Sowjetrußland ist auch in der Tschechoslowakei ein Prinzipienstreit über das Wesen der Wirtschaft ausgebrochen.

Die Tschechoslowakei ist einer der hochindustrialisierten Staaten des Ostblocks. Sie hatte nach 1945 eine reiche Erbschaft aus dem Nachlaß des Dritten Reiches übernommen. Während die meisten anderen Ostblockstaaten stark unter den Wirkungen des Krieges zu leiden hatten, war die tschechoslowakische Wirtschaft nach 1945 im wesentlichen intakt geblieben. Zahlreiche rüstungswirtschaftliche Investitionen wurden in diesem Raum vorgenommen, so wurden z. B. die Skoda-Werke in Pilsen, die heutigen Lenin-Werke, um mindestens das Dreifache erweitert, in Brüx entstand eines der größten Hydrierwerke Europas, und im Gebiet der mittleren Elbe wurde ein umfangreiches chemisches Kombinat aufgebaut. Die Tschechoslowakei konnte also nach 1945 unter wesentlich günstigeren Bedingungen als die Nachbarstaaten ihre Wirtschaft weiter ausbauen. Dies hatte sich auch das kommunistische Regime nach 1945 zunutze gemacht.

Kein anderer als Chruschtschow war es, der neidvoll bei seinem Aufenthalt in Preßburg, auf der Reise zum Wiener Gipfgespräch mit John F. Kennedy, auf diese „überreiche Erbschaft aus der kapitalistischen Vergangenheit“ hingewiesen hatte. In der Tat konnte die Tschechoslowakei in den ersten Jahren nach Kriegsende das internationale Niveau eines hochindustrialisierten Staates halten. Seit einigen Jahren ist jedoch ein merklicher Umschwung im Gange. Das Sozialprodukt ist 1962 nur mehr um 1,4 Prozent angestiegen, 1963 war es sogar geringer als 1962. Die Industrieproduktion ging 1963 um 0,4 Prozent gegenüber 1962 zurück, die Landwirtschaft hat trotz aller Bemühungen noch immer nicht das Niveau der Vorkriegszeit erreicht.

Die Gründe für diesen augenscheinlichen Rückgang werden derzeit in der Tschechoslowakei heftig diskutiert, denn die Wirtschaft eines hochindustrialisierten Staates ist viel zu komplex, als daß sie, wie bisher, von einer einzigen Zentrale aus bis in das letzte Detail vorausgeplant und bis zum letzten Arbeitsplatz erfaßt werden könnte.

Die Diskussionen um die Wirtschaftspolitik wurden durch den XII. Parteikongreß der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (Dezember 1962) ausgelöst. Die Zeitung „Aufbau und Frieden“ mußte darnach bereits im Februar zugeben: „Das existierende System, der planmäßigen Leitung der Zentralorgane sowie auch der Betriebe selbst hat sich überlebt und muß von Grund auf geändert werden.“

Unverkäufliche Waren

Alein in dem Zeitraum von 1960 bis 1963 mußten, wie der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission der stellvertretende Regierungsvorsitzende, Oldrich Cernik, zugeben, unverkäufliche Waren im Werte von 24,6 Milliarden Kcs (1 Dollar = 7,20 Kcs) auf Lager genommen werden. Diese Summe gewinnt erst dann rechte Bedeutung, wenn man bedenkt, daß das durchschnittliche Monatseinkommen innerhalb des „sozialistischen Sektors“ der Wirtschaft nicht einmal 1400 Kcs beträgt. Im Jahre 1962 betrug der durch Ausschufproduktion der Wirtschaft zugefügte Schaden fast 1,5 Milliarden Kcs, hinzu kamen Warenreklamationen des Binnenhandels im Wert von 210 Millionen Kcs und Rückvergütungen an ausländische Kunden im Werte von fast 30 Millionen Kcs. Die Folge dieser stetig wachsenden Lager unverkäuflicher Waren war, daß es mit Beginn des Jahres 1964 zur Stilllegung einiger Produktionszweige kam. In diesem Jahr sollen Produktionsstätten und Fabrikanlagen, die 1963 Waren im Werte von 2,4 Milliarden Kcs produziert hatten, stillgelegt werden.

Geeignetes Objekt für die zunächst durchgeführten Sparmaßnahmen schien zunächst der aufgeblähte Verwaltungsapparat zu sein. So wurde im März dieses Jahres angekündigt, daß nahezu 40.000 Mitarbeiter, die sich bisher mit der Erfassung und Analyse von wirtschaftlichen Daten zu befassen hatten, in neue Beschäftigungszweige übergeführt werden sollen. Während die Wirtschaftsverwaltung personell überbesetzt ist, hat die Landwirtschaft einen chronischen Mangel an Arbeitskräften. Heute arbeiten nur mehr 1,3 Millionen Menschen in der Landwirtschaft, vor dem zweiten Weltkrieg waren es um zwei Millionen mehr. Daher ist die Tschechoslowakei gezwungen, die landwirtschaftlichen Produkte, die im eigenen Land billig erzeugt werden könnten, mit teuren Devisen vom Ausland zu beziehen oder im Tausch gegen hochwertige Industrieerzeugnisse, die gleichzeitig aber auch für die Modernisierung des eigenen Maschinenparks benötigt würden. Die „überreiche Erbschaft“ hatte auch den Nachteil, daß jahrelang nicht genügend In-

vestitionen vorgenommen wurden und ein Großteil der im Augenblick arbeitenden Maschinen nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Der Streit darüber, wem diese Versäumnisse anzulasten sind, beherrscht seit einer Zeit die Diskussion im Staate und natürlich in den Kreisen der Planwirtschaft. Während der inzwischen abgelöste Ministerpräsident Siroky für dieses Flasko nicht die Gesetze der sozialistischen Planwirtschaft, sondern ihre inkonsequente Anwendung verantwortlich machen wollte, ist eine Mehrheitsgruppe in der Parteiführung, unter ihnen auch Antonin Novotny, zu der Überzeugung gekommen, daß nur eine radikale Aenderung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden helfen könne.

Planerfüllung als Selbstzweck

Dennoch ließ sich die Partei von den Wirtschaftsexperten nicht in eine untergeordnete Rolle hinein manövrieren: Im Gegenteil, um augenfällig zu demonstrieren, daß sie, die ja letzten Endes die Verantwortung für die bisherige Wirtschaftspolitik trage, ernsthaft eine Besserung der wirtschaftlichen Voraussetzungen herbeiführen möchte, errichtete das Zentralkomitee der Partei Ende 1963 eine Expertenkommission, der die Aufgabe übertragen wurde, Vorschläge zur Verbesserung der Planung und Leitungsmethoden in der Wirtschaft auszuarbeiten. Auch die wirtschaftlichen Forschungsinstitute wurden 1963 vom Zentralkomitee der Partei mit einigen neuen Aufgaben beauftragt, die gleichfalls zur Wiederherstellung einer „planmäßigen und harmonischen Entwicklung der Wirtschaft“ beitragen sollten. Mit Wirtschaftsforschung befassen sich gegenwärtig allein sieben Institute und erstmalig wird in den Aufgabenbereich dieser Institute auch die Forschung über die „Wirtschaft der kapitalistischen Gesellschaft“ einbezogen. Seitdem Chruschtschow seine inzwischen berühmt gewordenen Worte ausgesprochen hatte, daß es für einen Kommunisten keine Schande sei, die Methoden der kapitalistischen Wirtschaft zu studieren, wird auch in der Tschechoslowakei diesen Möglichkeiten ein breiter Raum zugebilligt.

Wortführer dieses neuen Wirtschaftskurses, der sich vor allem auf die jüngste sowjetische Wirtschaftsökonomie stützt, ist Radoslav Selucky, der über seine Erkenntnisse schrieb: „Bis vor kurzem waren bei uns viele davon überzeugt, daß wir vom Kapitalismus nichts lernen können. Wissenschaftlicher Fortschritt wurde nur dem eigenen Land, höchstens noch den anderen sozialistischen Ländern zugebilligt. Man verschloß die Augen vor der Tatsache, daß der Kapitalismus die Erkenntnis der wissenschaftlich-technischen Revolution viel rascher und konsequenter anwendet als wir, und daß die Erzeugnisse vieler westlicher Firmen technisch perfekter, zweckmäßiger, billiger und ansehnlicher sind als die vieler unserer Firmen. Wer die in den kapitalistischen Ländern gewonnenen technischen Errungenschaften auf unsere Produktionsmethoden anwenden wollte, mußte dafür teuer bezahlen; er wurde beschuldigt, vor dem Westen sich zu verbeugen und in unsere Wirtschaft bürgerliche Elemente einschmuggeln zu wollen.“

Selucky führte auch aus, daß man sich nicht länger dort mit Forschungsarbeiten beschäf-

tigen solle, „wo andere schon längst alles entdeckt haben; daß wir weiters auch nicht deshalb etwas ablehnen dürfen, weil es aus den kapitalistischen Ländern kommt, sondern vielmehr uns alle neuesten Erkenntnisse der Technik und Wissenschaft in der Welt möglichst schnell und unter Anpassung an unsere Verhältnisse aneignen sollen.“

Dieser mutige Vorstoß wurde allerdings von Antonin Novotny auf einer in Ostrau gehaltenen Rede öffentlich kritisiert. Novotny beschuldigte Selucky, er versuche „Anarchie in die tschechoslowakische Gesellschaft einzuschmuggeln“. Diese Zurechtweisung Seluckys durch Novotny bezog sich vor allem auf einige Formulierungen des Prager Wirtschaftsfachmannes, der behauptet hatte:

„Wir haben eigentlich ganz übersehen, daß sich neben dem Personenkult auch noch so etwas wie ein Plan-Kult entwickelt hat. Dieser führte allmählich dazu, daß die Verdienste des Volkes nicht mehr nach dessen sozial-nützlicher Arbeit gemessen wurden, sondern auf rein administrative Weise nach der Erfüllung der Planindizes. Jeder trachtete nur noch danach, die vorgeschriebenen Planaufgaben zu erfüllen. Planerfüllung wurde zum Selbstzweck, anstatt ein Instrument für den sozialen Fortschritt zu sein. Unter diesen Umständen wurde natürlich jede wissenschaftliche Planung illusorisch.“

Eine Wirtschaftsplanung wird von Selucky, wie auch von vielen seiner Anhänger, grundsätzlich nicht abgelehnt; man stellt nur fest, daß sich die bisherigen Methoden der Planung und der Leitung der Wirtschaft überlebt haben und daß es kein für alle Länder und alle Zeiten gültiges „sozialistisches Planwirtschaftsmodell“ gebe.

Streitende Fronten

Seitdem Selucky diese sowjetrussischen Erkenntnisse für die Tschechoslowakei mündgerecht gemacht hatte, sind die Wirtschaftsexperten in diesem Staate in zwei Lager gespalten: Zwei Gruppen haben sich herausgebildet, die eine Besserung der wirtschaftlichen Situation jeweils mit verschiedenen Methoden herbeiführen wollen. Die erste Gruppe, die über die meisten Anhänger verfügt, und zu der nicht nur volkswirtschaftliche Theoretiker, sondern auch einige der Fachminister der Prager Regierung gehören, möchten die zentralisierte Großplanung aufrecht erhalten, sie jedoch durch eine dezentralisierte Mikroplanung, bei Anerkennung der Existenz des Gesetzes von Angebot und Nachfrage, ergänzen. Die zweite Gruppe ist für Beibehaltung der bisherigen Methode und möchte bei geringfügiger Lockerung einer zentralen Wirtschaftslenkung Korrekturen in der Wirtschaft nur durch gezielte individuelle Eingriffe herbeiführen.

Konkrete Entscheidungen, welchen Kurs die Wirtschaft der Tschechoslowakei nunmehr einschlagen soll, sind bisher noch nicht gefallen. In der Zwischenzeit nimmt die Verwirrung der Wirtschaft immer bedrohlichere Formen an. Angesichts der Schwierigkeiten, in die der „Plan“ die tschechoslowakische Wirtschaft „planmäßig“ hineinmanövriert hat, fragt man sich in weiten Kreisen daher, was ein Redakteur in einer tschechoslowakischen Wirtschaftsfachschrift als Stimme des Volkes unterstellte: „Ist es möglich, durch planmäßige Expansion der Volkswirtschaft alle großen historischen Ziele zu erreichen, die bei der Geburt des Sozialismus einer Handvoll Leute vorschwebten und deren objektive Notwendigkeit von ihnen wissenschaftlich erklärt wurde? Ist es möglich, jemals die in weiter Ferne liegenden Ziele des Sozialismus zu erreichen, wenn wir heute, erst auf halbem Weg dorthin, bei unvergleichlich einfacheren Aufgaben bereits versagen?“

Archäologen machen Überstunden

Mitten in Böhmen wohnten Kelten — Kultur wie in Hallstatt

PRAG. Die archäologischen Untersuchungen in der Tschechoslowakei hinterlassen keinerlei Spuren ohne genaue Überprüfung. Nur so kam es dazu, daß man in den letzten Jahren wertvolle Funde in Mähren, der Slowakei und schließlich jetzt auch in Böhmen machte, die ein Bild über das frühere Leben in diesem Lande mitten in Europa liefern sollen. Ueber die Funde in Mähren berichteten wir eingehend im vorigen Jahr. Heute übersetzen wir eine Nachricht aus der Zeitung „Lidova demokracie“, die über historische Funde in Böhmen folgendes berichtet:

„Unweit der Grenze der Hauptstadt erstreckt sich Zavist, eine sonderbare keltische Festung, die allein schon durch ihre Ausmaße fesselt. Sie nimmt zwei Hügel ein, die Burg und Schanzen, abgeteilt durch die tiefe Brezany-Grube. Die Gürtel der mächtigen Festung, die bis heute beim ersten Anblick sichtbar ist, sind etwa 9 km lang. Es ist auch die größte keltische Siedlung in der Tschechoslowakei und gehört zu den größten in Europa.“

Die Burgstätte ist als historisches Denkmal schon zumindest seit dem 16. Jahrhundert bekannt, weil sie Vaclav Hajek aus Libocan als Festung erwähnt, wohin er den Sitz von König Marquard, wahrscheinlich Marbod, lokalisiert. Eine weitere Bemerkung finden wir aus dem 17. Jahrhundert bei Bohuslav Balbin, der die Burgstätte als königlichen Sitz auführt, der schon lange vor Prag existierte, aufgebaut nach den Traditionen der Bojer.

Nach dem ersten Weltkrieg forschte hier Professor Simek, der auch einen ersten Plan anlegte, und die Gemeinde Zavist erregte das Interesse zahlreicher Fachleute.

Ist Zavist das Zentrum des ehemaligen Marbod-Reiches? Wie sieht eine Einheit aus, die imstande war, eine so enorme Festung aufzubauen? Ist es das Werk eines kurzen oder langen Zeitabschnittes? Zu viele Fragen drängen sich um diese keltische Siedlung auf. Eine fundierte Antwort kann nur eine eingehende archäologische Forschung ergeben. Diese verläuft hier schon die zweite Saison und wird geleitet von Dr. L. Jansova vom Archäologischen Institut. Ihr Schwerpunkt ist bisher auf der Akropolis, dem höchsten Platz der Burgstätte, und der Burganlage überhaupt. Die Akropolis hat eine Fläche von 60x80 m. Bisher ist davon nur etwa ein Fünftel durchforscht, dennoch sind die Ergebnisse jetzt schon überraschend.

Bei den bisherigen Forschungen fand man eine Menge von Gemäuer, das zweifellos aus derselben Zeit stammt. Die jüngste Siedlung, welche man bisher festgestellt hat, fällt in die Wende des letzten Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung. Besonders bemerkenswert sind Bauten aus der Hallstatt-Latène-Zeit, datiert mit kleinen Funden von Keramik und Gebrauchsgegenständen.

In manchen Abschnitten ist das Mauerwerk bis zu einer Höhe von drei Metern freigelegt. Dabei ist es interessant, daß an dieser Akropolis die Archäologen schon bis zu einer Tiefe von vier Meter graben, und sie stießen immer noch nicht auf ein gewachsenes Terrain. Das bedeutet also, daß die Kulturschicht ungewöhnlich hoch ist und daß die Akropolis eigentlich künstlich aufgeschichtet war.

Die hohen und mächtigen Bauten, die man in Zavist aufgefunden hat, lassen wirklich verwundern. Es sind enorme Funde, für die es bisher keine Analogie gibt. Aus der Zeit des Großmährischen Reiches erlangte beispielsweise Mikulcice Berühmtheit — für die keltische Zeit wird es zweifellos Zavist erlangen, das schon heute Zeugnisse von außergewöhnlichem Umfang liefert.“

CSSR schürt Unruhen in Bolivien

LA PAZ. Bolivien hat die diplomatischen Beziehungen zur Tschechoslowakei abgebrochen. Die tschechoslowakische Botschaft wird von den bolivianischen Behörden beschuldigt, bei Studentenunruhen und anderen Ruhestörungen der letzten Zeit ihre Hand im Spiel gehabt zu haben. Vorher hatte die kolumbianische Regierung erklärt, daß die tschechoslowakische Botschaft in Verbindung mit Kommunisten stehe, die für die Unruhen verantwortlich seien. Nach einer Regierungssitzung wurde mitgeteilt, daß die Zwischenfälle in La Paz zwei Tote und 17 Verletzte gefordert hatten.

In Oruro hätten Bergleute mit neuen Waffen tschechischer Herkunft Angriffe unternommen. Auch bei Demonstranten in La Paz habe man tschechische Waffen gefunden.

Die Tschechen rauchen zu viel

PRAG. Ueber vier Millionen Kronen jährlich gibt die 14-Millionen-Bevölkerung der Tschechoslowakei für Tabak aus. Das sind fast 300 Kronen pro Kopf und Jahr. Das sei entschieden zu viel — erklärte der Prager Rundfunk. In der Tschechoslowakei werde Tabak auf einer Fläche angebaut, von der man alljährlich eine Million Zentner Kartoffeln oder 125.000 Zentner Weizen ernten könnte. Außer der Eigenproduktion von 5000 Tonnen Tabak müßten jährlich noch weitere 15.000 Tonnen importiert werden.

Budweis bereitet 700-Jahr-Feier vor

Neue Fassaden auf dem Ringplatz

BUDWEIS. In der Innenstadt von Budweis, vor allem auf dem Hauptplatz, werden an insgesamt 45 alten Häusern die Fassaden erneuert. Diese Erneuerung erfolgt im Hinblick darauf, daß Budweis im nächsten Jahr die 700-Jahr-Feier seiner Gründung begehen kann. Manche der alten Häuser, deren Fassaden jetzt endlich erneuert werden, sind vier Jahrhunderte alt.

Für die Fassadenerneuerung hat man sich darauf geeinigt, das Bild der Budweiser Innenstadt durch die Verwendung verschiedener Farben zu beleben. Insgesamt werden mit Zustimmung des Denkmalamtes neun Farben verwendet. Die Fassaden werden überdies

einem besonderen Spritzverfahren unterzogen, das dem Anstrich eine um sechs bis zehn Jahre längere Lebensdauer gibt. Die Farben der Fassaden sollen am Hauptplatz und in seinen Nebenstraßen aufeinander abgestimmt werden.

Die Gerüste für die Fassadenerneuerung wurden auf Rädern montiert, so daß sie von einem Haus zum anderen verschoben werden können und das Wiederaufstellen der Gerüste eingespart wird. Auch die Dächer, die Dachrinnen und die Kamine der Häuser werden renoviert und instandgesetzt. Die gesamten Arbeiten sollen bis November abgeschlossen sein.

Radikale Umstellung der Wirtschaft

Trauer um Chruschtschow — Selbständige Industriedirektoren

PRAG. Mit einem erstaunlichen Maß an Unabhängigkeit wird ein neues Wirtschaftssystem entwickelt, das auf den Grundlagen des freien Unternehmertums basiert.

Das ZK der KPTsch hat angesichts der sowjetischen Kritiken an dem abgesetzten Ministerpräsidenten Chruschtschow eine Resolution angenommen, in der es seiner Überraschung und Beunruhigung über die Absetzung Ausdruck gibt. „Unsere Partei und unser Volk haben die Arbeit des Genossen Chruschtschow im Zusammenhang mit der Erfüllung der allgemeinen Politik der sowjetischen KP im Kampf um die Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz als auch bei der Verurteilung der falschen Methoden des persönlichen Kults hoch in Ehren gehalten“ heißt es in der Erklärung. Die tschechoslowakischen Führer gingen zwar nicht so weit wie die anderer Ostblockstaaten, die Methoden der

Absetzung zu verurteilen, ließen aber dennoch klar erkennen, daß sie die Absetzung begreifen würden, wenn diese nur aus Gesundheitsgründen erfolgt wäre.

Das Zentralkomitee hat einen neuen Wirtschaftsplan gebildet, der den Direktoren der Fabriken viele Befugnisse überträgt wie sie bei freien Unternehmungen der westlichen Welt Brauch sind. In der Zeitschrift „Neues Denken“ legte der Leiter des offiziellen Institutes für Wirtschaftsforschung in Prag, Professor Sik, dar, daß die zentrale Planung größtenteils eingeschränkt werden wird und die Fabrikdirektoren selbst ihre Produktionsquoten, ihr Lohnsystem und ihre Preise festlegen dürfen. Sie sollen die Rohstoffe selbst bestellen dürfen und sogar neue Produktionsmaschinen aus dem Auslande beziehen können.

Ihr Fachhändler

 DIPL.-ING. HITZINGER & CO.
 LINZ, Gesellenhausstraße 17
 Besichtigen Sie unsere Großauswahl an
Elektro-Artikeln aller Art

Vom Heimwehlied des Böhmerwäldlers

Zu Andreas Hartauers 125. Geburtstag am 28. November 1964

Der 28. November 1839 und der 18. Jänner 1915 sind die Marksteine des Erdendaseins eines Mannes, der, erfüllt von einem unverstiegenen Heimweh, dem Böhmerwald das Heimatlied und gleichzeitig damit der Welt eines der meistgesungenen Lieder geschenkt hat.

Niemals hätte sich der auf der Stachauer Hütte unweit Eleonorenhain geborene Andreas Hartauer es träumen lassen, daß ein von ihm zufällig gedichtetes Lied einmal zum Heimwehlied seiner Landsleute werden wird.

Mag sein, daß schon damals, als der kleine „Andresl“ in Goldbrunn durch die Wälder strich, ihn das Schicksal die Schönheit der Heimat schauen ließ.

Schon die Erlebnisse während seiner Lehrzeit in Eleonorenhain, das den Glasmachern angeborne Wanderleben und der Drang, Neues zu erlernen und zu erleben, trieben ihn durch länger als ein Jahrzehnt von einer Glasmalerwerkstätte zur anderen, bis er endlich in Nordböhmen — in Johannesdorf — für längere Zeit festen Fuß faßte.

Wahrscheinlich war es hier, wo er inmitten einer geräuschvollen Umgebung im Erinnern an die stille Böhmerwaldheimat das Lied „Tief drin im Böhmerwald“ dichtete und es nach einer, dem Arbeitstempo der Glasmaler und der Wälderart entsprechenden, schleppenden und herben Weise sang.

Weiß Gott, wie viele Gesätzlein Hartauer auf seinen Wanderungen oder bei der Arbeit gedichtet hat. An ein Aufschreiben hat er wohl lange nicht gedacht, und wahrscheinlich wären Text und Singweise unbeachtet geblieben, hätte sie Hartauer nicht seinen Verwandten vorgesungen und dazu auf der Zither gespielt.

Dies war zu jener Zeit, da viele Böhmerwälder nach Amerika auswanderten, um dort ihr Glück zu suchen. Diese erhielten das neue Lied von den Daheimgebliebenen als Heimatgruß nachgeschickt. So wurde das Lied drüber dem großen Wasser schon verbreitet, ehe es in der Heimat noch richtig bekannt war. Vielen mag es dort Trost gewesen sein in den Stunden der Enttäuschung, der Not und des Heimwehs.

Durch Fleiß und durch günstigen Geschäftsgang hatte es Hartauer bald zu einem kleinen Vermögen gebracht. So zog er denn 1883 mit seiner Frau nach Niederösterreich, wo er in St. Pölten eine Glasmalerei mit einer Glas- und Porzellanhandlung eröffnete und schließlich sogar ein Haus ankaufte.

Auch hier stand ein auffallendes Glück an

seiner Seite: das Geschäft ging gut, seine Erzeugnisse fanden reißenden Absatz, und er selbst genoß größtes Ansehen.

Nun konnte Hartauer auch einen schon längst erträumten Wunsch verwirklichen: alljährlich reiste er im Sommer in den Böhmerwald, wanderte von Glashütte zu Glashütte, darin er einst gelernt und gearbeitet hatte, und besuchte seine Verwandten, die den reichen „Herrn Onkel“ gerne sahen und in ihm „etwas Besseres“ wähten. Mit den Kindern seiner Geschwister besuchte er die Stätten „tief drin im Böhmerwald“ und sang hierbei oft sein eigenes Lied, das zu dieser Zeit schon allgemein bekannt war. Es erklang bei jeder Gelegenheit, nur galt die Melodie Hartauers als zu schwermütig und erfuhr darum allerlei Aenderungen. Auch der Text wurde umgedichtet.

Da seine Ehe kinderlos geblieben war, nahm Hartauer eine Nichte als Ziehtochter an, die später den Glasmaler Fritsche heiratete, der mit Hartauer das Geschäft gemeinsam führte. Trotz des schönen Anfangs kam es zu Mißverständnissen, welche die Ursache waren, daß das bis dahin harmonische Familienleben und der erfolgreiche Geschäftsgang gestört wurden. Es kam zu einem Zwiespalt, das Geschäft wurde vernachlässigt, die Familie verarmte, und schließlich mußte das Haus, mit dessen Ankauf Hartauer in Sankt Pölten das Heimatrecht erworben hatte, veräußert werden.

Zu dieser Zeit hatte das „Böhmerwaldlied“ längst die Welt erobert; allerdings unter der klangreicheren Melodie eines steirischen Schützenliedes. Es gab kein Liederbuch, das das Böhmerwaldlied nicht enthalten hätte, in allen deutschen Schulen wurde es gesungen, in viele Sprachen wurde es übersetzt, in vielen Tondichtungen erscheint es eingeflochten, und der damals aufblühenden Schallplattenindustrie flossen durch die Aufnahmen des Böhmerwaldliedes gewaltige Summen zu, während Hartauer als Witwer, verlassen und vergessen, sein Ende fand zu St. Pölten, wenn auch nicht, wie behauptet wurde, im Armenhaus. So ward gerade an diesem Manne das alte Glasmalersprüchelein zur Wahrheit: „Glück und Glas — wie leicht bricht das!“

Heute, da die Böhmerwälder in alle Welt verstreut leben, wird das Böhmerwaldlied mehr den je gesungen, und wie einst bei Hartauer, so sind derzeit bei Ungezählten die Herzen erfüllt von dem Wunsch:

„Nur einmal noch, o Herr,
Laß mich die Heimat sehn!“

Fritz Huemer-Kreiner

Fremdes Dorf im Herbst

Der Regen hat die Herbstblumen zerschlagen.
Violette Wolken stehen am abendlichen, fremden Horizont,
und erste Lichter hinter fremden Fenstern.
Raben am Feldrand — düstere Versammlung.
Die Bäume rauschen Botschaft, die du nicht verstehst,
den Schatten zu, die an den Wänden wachsen.

Inge Thiele.

TRIBÜNE DER MEINUNGEN

Noch ein Wort zum „Monolog über Böhmen“

Die Meinung der Herren Dr. Ertl und Emil Michel über das Buch von DDr. Willy Lorenz „Monolog über Böhmen“ ist schon in der letzten Folge der „Sudetenpost“ nicht unwidersprochen geblieben. Nach Direktor Dr. Mallmann, Salzburg, meldet sich nun einer der Berufensten zu Worte: der Historiker Dr. Emil Franzel, der Verfasser der „Sudetendeutschen Geschichte“, der sich auch in seinen anderen Büchern als blendender Kenner der österreichischen und sudetendeutschen Geschichte ausgewiesen hat und den auch die Verfasser der kritischen Äußerung als Gewährsmann zitieren. Wir fühlen uns verpflichtet, die Meinung Dr. Franzels unseren Lesern ebenso ausführlich zur Kenntnis zu bringen wie die der Herren Dr. Ertl und Emil Michel.

Sehr geehrte Herren!

Von befreundeter Seite wurde ich auf Ihre ausgesprochen bössartige Besprechung des Buches „Monolog über Böhmen“ von DDr. Willy Lorenz aufmerksam gemacht. Zwei Gründe bestimmten mich, Ihnen dazu einige Worte zu schreiben: Sie haben mich in der Besprechung zitiert, was den Eindruck erwecken könnte, daß ich Ihre Ansichten über den „Monolog“ teile; Sie erschweren, das ist der zweite Grund, weshalb ich mich zu Wort melde, mit diesem Pamphlet den schweren Kampf, in dem die sudetendeutsche Volksgruppe heute in Deutschland und in der ganzen Welt steht. Wenn Sie deutsche Zeitungen lesen, müßten Sie eigentlich darüber orientiert sein, was sich gegen uns zusammenbraut. In dieser Lage sollten wir uns glücklich schätzen, wenn ein Schriftsteller wie DDr. Lorenz, der durch seine väterlicherseits tschechische Abstammung zweifellos von weiten Kreisen des internationalen Publikums stärker beachtet und als Zeuge objektiver bewertet wird als ein ungemischter Sudetendeutscher, so vieles zu unseren Gunsten vorbringt und die tsche-

chische Haltung so objektiv kritisiert.

Ihr Artikel über das Buch, das ich selbst in einer Besprechung ein „Meisterwerk politischer Feuilletonistik“ genannt und ob seiner Objektivität gerühmt habe, bestätigt vor allem, wie recht Lorenz hat, wenn er behauptet, die Sudetendeutschen hätten keinen Humor. Ob Ihr Hinweis auf den Hockewanzel das widerlegt, bleibe dahingestellt, da eine kritische Untersuchung ergeben würde, daß Hockewanzel kein Beispiel für das ist, was Willy Lorenz unter Humor versteht. Ob er nun den Tschechen ein Gramm zuviel und den Sudetendeutschen eines zu wenig davon zugesteht, ist aber gar nicht so wichtig. Dagegen ist Ihr Pamphlet mit der geradezu kindischen Bemerkung „Willy (Vilém)...“ ein schlüssiger Beweis für den Mangel an Humor und satirischem Witz in der Polemik, den man bei unseren Landsleuten oft feststellen muß und den ich in mehr als vierzig Jahren meiner publizistischen Tätigkeit immer wieder bestätigt fand. Da DDr. Lorenz nicht nur niemals bestritten hat, daß er von Vaters Seite tschechischer Herkunft ist (wenn auch wiederum aus einer drei oder vier Generationen vorher tschechisierten deutschen Familie), sondern obendrein noch durch die Widmung des Buches und in der Einleitung auf diese seine Herkunft aus zwei Völkern ausdrücklich hinweist, ist es doch läppisch, sie ihm unter die Nase reiben zu wollen. Und was würden Sie sagen, wenn jemand es als polemische Wendung ansähe, den sudetendeutschen Dichter Watzlik, dessen Namen doch zweifellos auf einen Václav zurückgeht, Václik zu schreiben?!

Es ist politisch mehr als töricht, Hitlers Gaunerstreich vom 14./15. März 1939 damit beschönigen zu wollen, daß er der Tochter Háchas Blumen und Konfekt angeboten hat. Wäre Hácha, dieser ehrliche und verständigungsbereite Mann, nicht in der Hand der

braunen Erpresser gewesen, dann hätte seine Tochter dem Führer seine Blumen in sein provokantes Gesicht geschlagen und die Zückerlin ihm vor die Füße geworfen. Daß sie diese Gaben — wohl als Ablöse für die Freiheit, die er ihrem Volke raubte?! — annehmen mußte, beweist allein schon, was ihnen angetan wurde und was wir alle so furchtbar büßen mußten. Hitlers Streich vom März 1939 war — so schrieb ich zum 25. Jahrestag des Ereignisses — „schlimmer als ein Verbrechen, es war eine Dummheit.“ Wir haben allen Grund, uns nicht zur Verantwortung für diese Politik zu drängen, weil wir damit nur der tschechischen Beweisführung, daß die Sudetendeutschen alle Nazi und für Hitlers Taten verantwortlich seien, eine billige Rechtfertigung liefern.

Ich stimme mit allem überein, was unser Landsmann Dr. Mallmann zu Ihrem Artikel sagt. DDr. Lorenz Sympathien für Beneš vorzuwerfen, heißt, ihn selbst, seine sittlichen Antriebe, sein Geschichtsbild und den Grundtenor seiner Schrift völlig verkennen und verdrehen. Sie können aber auch meine „Sudetendeutsche Geschichte“, auf die Sie sich berufen, nicht wirklich gelesen haben, wenn Sie die sudetendeutsche Politik der Zeit zwischen 1866 und 1918 von jeder Mitschuld an dem unglücklichen Gang der Geschichte Böhmens und Oesterreich freisprechen versuchen. Auf die Versäumnisse des Liberalismus habe ich ebenso entschieden hingewiesen wie auf die Pervertiertheit der alldutschen Verrücktheiten Schönerers.

Und was in aller Welt bewegt Sie den dazu, justament die Partei Srbiks (und Wallensteins) gegen Josef Pekař zu ergreifen? Doch nicht das Interesse an der historischen Wahrheit? Die ist von Pekař mit einer derart erdrückenden Menge von Beweisen aus Quellen, die Srbik einfach nicht kannte, erhärtet worden, daß Srbik selbst — der gegen Ende seines Lebens manches revidierte, weil er einsah, wie sehr er sich vergriffen hatte — heute anders urteilen würde. Ich habe aber den peinlichen Eindruck, daß es Ihnen weniger um Srbik (auch ein tschechischer Name eines doch wahrhaftig deutschnationalen Mannes!) und Pekař, als um Wallenstein oder Habsburg geht und daß sie aus blindem Ressentiment gegen die Habsburger für den Abenteuer und Geschäftsmann Wallenstein

optieren, dessen Verschwörung die Einsetzung Ludwigs XIII. von Frankreich zum römisch-deutschen Kaiser bezweckte.

Und damit sind wir bei dem springenden Punkt überhaupt angelangt. Ich wurde bei der Lektüre Ihres Artikels den Eindruck nicht los, daß Sie Spiegelfechterei betreiben und etwas ganz anderes meinen, als Sie sagen. Aus diesem Aufsatz spricht der alte deutsch-nationale Haß gegen Oesterreich, gegen die Habsburger, gegen das Konservative und Altreichische, das sich in Lorenz' Essays offenbart. Und dieses Ressentiment war es, das die sudetendeutsche Politik des ausgehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts weithin bestimmte und uns zum Verderben wurde. Natürlich ist es Ihr gutes Recht, diese Ihre Ueberzeugung zu vertreten, aber tun Sie es offen und mit vernünftigen Begründungen! Sie stehen, wie alle deutschen Nationalisten, Beneš und Masaryk weit näher, als Sie zugeben wollen, und vielleicht auch, als Ihnen bewußt ist. Mit Recht verweist Willy Mallmann auf die Beneš-Parole „Lieber Hitler als Habsburg“ und auf die Dienste, die Beneš Hitler und dieser Beneš geleistet hat. Ich selbst geriet 1937 in eine überaus prekäre Lage, als Briefe, die mir gestohlen wurden, durch Austronazis den Austronazisten zugespielt wurden, die wiederum Anstalten machten, sie an Beneš weiterzugeben. Ich weiß um die damals schon — wie 1963 wieder! — wirksame Allianz von Braun und Rot.

Aber verlieren wir uns nicht in die Vergangenheit. Ich fürchte, daß wir den harten Kampf um unsere Rechtsansprüche verlieren werden, wenn wir die wenigen Männer, die ehrlich um eine objektive Antwort auf unsere Lebensfragen bemüht sind, von uns stoßen und wieder, wie 1918, alles auf den „Endsieg“ setzen, während wir in Wahrheit am Rande eines Abgrundes stehen. Ich glaube, als Mitbegründer des Sudetendeutschen Rates, als Verfasser des ersten — 1947 dem Botschafter Murphy überreichten — Memorandums zur Sudetendeutschen Frage und als ein seit 1947 für die Rechte unserer Volksgruppe ununterbrochen tätiger Publizist zu einer solchen Äußerung berechtigt zu sein.

Mit landsmannschaftlichen Grüßen!

Dr. E. Franzel

Sudetendeutsche Ehrentafel

Geburtstage

1. XI. 1855: Guido Adler (Musikforscher) in Eibenschütz.
2. XI. 1766: Joseph Radetzky (Feldmarschall) in Trzebnitz bei Klattau.
5. XI. 1872: Norbert Falk (Schriftsteller) in Mähr.-Weißkirchen.
6. XI. 1771: Alois Senefelder (Erfinder der Lithographie) in Prag.
6. XI. 1851: Karl Siegl (Historiker) in St. Joachimsthal.
6. XI. 1855: Eduard Baar (von Barenfels, Feldmarschalleutnant) in Bischofteinitz.
7. XI. 1775: Josef Leonhard Knoll (Historiker) in Nieder-Heidisch bei Grulich.
8. XI. 1825: Anton Freiherr von Banhans (Staatsmann) in Michelob.
8. XI. 1850: Karl Komzak (Komponist) in Prag.
9. XI. 1866: Ferdinand Hanusch (Staatsmann) in Oberdorf bei Wigstätt.
9. XI. 1878: Hilda Bergmann (Schriftstellerin) in Prachatitz.
12. XI. 1875: Stanislaus Promazek, Edler von Lanow (Zoologe) in Neuhäus.
13. XI. 1813: Friedrich Simony (Alpenforscher) in Hrochowitz.
14. XI. 1778: Johann Nepomuk Hummel (Komponist) in Preßburg.
16. XI. 1849: Emanuel Ritter von Proskowetz (Pflanzenwissenschaftler) in Prag.
16. XI. 1871: Hugo Lederer (Bildhauer) in Znaim.
16. XI. 1885: Emil Hadina (Schriftsteller) in Wien.
17. XI. 1816: August Wilhelm Ambros (Musikforscher) in Mauth.
18. XI. 1803: Edmund Fürst Schwarzenberg (Feldmarschall) in Wien.
18. XI. 1870: Franz Metzner (Bildhauer) in Wicherau bei Mies.
18. XI. 1880: Emil Lehman (Volkskundler) in Turn bei Teplitz.
19. XI. 1835: Franz Krones (Ritter von Marchland, Historiker) in Ung.-Ostrau.
19. XI. 1839: Emil von Skoda (Industrieller) in Pilsen.
21. XI. 1748: Lothar Franz Elmman (Kunsthistoriker) in Pilsen.
22. XI. 1849: Felix Mauthner (Schriftsteller) in Königgrätz.
23. XI. 1793: Andreas von Baumgarten (Finanzminister) in Friedberg.
24. XI. 1834: Wilhelm Jahn (Hofoperndirektor in Wien) in Hof.
25. XI. 1709: Franz Benda (Komponist in Altbenatek).
26. XI. 1802: Anton Schrötter (Ritter von Kristelli, Entdecker des roten Phosphors) in Olmütz.
27. XI. 1854: Alois Lexa, Graf von Aehrenthal (Staatsmann) in Groß-Skal.
28. XI. 1839: Andreas Hartauer (Dichter des Böhmerwaldliedes) in Stachauerhütte.
29. XI. 1871: Josef Schmid (Schmid-Braunfels, Dichter) in Braunseifen.
30. XI. 1781: Johan Herrmann von Hermannsdorf (Held vom Predil, 1809) in Prag.

30. XI. 1853: Alfred von Fischel (Politiker Schriftsteller) in Jungbunzlau.

Todestage

2. XI. 1622: Johann Lohelius (Prager Erzbischof) in Prag.
4. XI. 1928: Ottokar Kernstock (Priesterdichter) in Festenburg, Steiermark.
6. XI. 1911: Josef Viktor Widmann (Schriftsteller) in Bern.
6. XI. 1795: Georg Benda (Komponist) in Köstritz.
7. XI. 1925: August Brömse (Maler und Graphiker) in Prag.
9. XI. 1937: Josef Kluger (Komponist) in Klosterneuburg.
11. XI. 1917: Hans Kudlich (Bauernbefreier) in Hoboken bei New York.
11. XI. 1918: Viktor Adler (Politiker) in Wien.
12. XI. 1378: Karl IV. (Gründer der deutschen Universität 1348) in Prag.
12. XI. 1909: Julius Lippert (Kulturhistoriker) in Prag.
13. XI. 1928: Emil Zimmermann (Bildhauer) in Wien.
15. XI. 1559: Kaspar Bruschius (Dichter, Historiker und Topograph) in Eger.
15. XI. 1787: Christoph Willibald Ritter von Gluck (Komponist) in Wien.
16. XI. 1848: Cäsar Wenzel Messenhauser (Kommandant der Wiener Nationalgarde) in Wien.
16. XI. 1849: August Josef Corda (Botaniker und Forschungsreisender) in Westindien.
16. XI. 1944: Emanuel Ritter von Proskowetz (Pflanzenwissenschaftler) in Kwassitz.
17. XI. 1873: Edmund Fürst Schwarzenberg (Feldmarschall) auf Schloß Worlik.
19. XI. 1828: Franz Schubert (Liederfürst) in Wien.
19. XI. 1911: Josef Schmid-Braunfels (Dichter) in Braunseifen.
20. XI. 1831: Felix Jaschke (Historiker und Volksstumsforscher) in Fulnek.
20. XI. 1893: Gustav Kreitner (Asienforscher) in Yokohama.
21. XI. 1793: Johann Nepomuk Steiner (Kirchenmaler) in Iglau.
22. XI. 1868: Andreas Zelinka (Bürgermeister von Wien) in Wien.
22. XI. 1947: Hilda Bergmann (Schriftstellerin) in Astorp, Schweden.
24. XI. 1921: Gerhard Seeliger (Geschichtsforscher) in Leipzig.
24. XI. 1948: Hans Watzlik (Dichter) in Tremmelshausen bei Regensburg.
24. XI. 1950: Hubert Ginzel (Oberst und Karthograph) in Wien.
26. XI. 1866: Karl Johann Ritter von Braunthal (Schriftsteller) in Wien.
27. XI. 1936: Berthold Bretholz (Historiker) in Brünn.
28. XI. 1851: Vinzenz Prießnitz (Naturarzt) in Gräfenberg.
29. XI. 1957: Erich Wolfgang Korngold (Komponist) in Hollywood.
30. XI. 1840: Joseph Johann von Littrow (Astronom) in Wien.

Führend seit 1838



Herrenstraße 14 — Telephon 217 64

landsmannschaften - berichte der landsmannschaften - berichte der landsmannschaften

JUGENDARBEIT

Bundesjugendführung

Unsere Sommermonate waren wieder reich an Erlebnissen und schönen Fahrten. Viele Kameradinnen und Kameraden waren heuer das erste Mal in unserer Mitte, sie haben diese Tage sicher in bester Erinnerung behalten. Jeder Teilnehmer und alle Mitglieder der Sudetendeutschen Jugend Oesterreichs erhalten nun laut Beschluß des letzten Bundesjugendtages unseren Rundbrief. Durch diese Aussendungen wird der Wunsch erfüllt, alle Mitglieder von unseren Aktionen durch direkte Mitteilungen in Kenntnis zu setzen. Außerdem sind Beiträge über Geschichte im böhmisch-mährischen Raum, Volkstum im Sudetenland, Volkslieder und Volkstänze u. ä. beigeschlossen, die nicht nur dem Gruppenführer als Arbeitsmaterial und Stütze für Gruppenstunden dienen, sondern auch den heranwachsenden Jugendlichen ein Bild der alten Heimat vermitteln sollen.

Die Bundesjugendführung ist bestrebt, möglichst alle Kinder und Jugendliche sudetendeutscher Herkunft von 6 bis 25 Jahren zu erfassen und bittet daher um Mithilfe aller Mitglieder, Jugendgruppen, Landsleute und Dienststellen.

Unterstützt die Arbeit der Sudetendeutschen Jugend

In der Sudetendeutschen Jugend ist für jeden Jugendlichen Platz:

Wir singen, tanzen, wandern, basteln, musizieren, turnen...

Wir fahren auf Sommer- und Winterlager, auf Groß- und Auslandsfahrten...

Wir führen Diskussionen, politische Gespräche...

Wir halten heimatpolitische und musische Wochenendschulungen...

Wir wollen den jungen Menschen in eine Gemeinschaft führen, aus der er persönliche Werte für seine weitere Lebensbahn gewinnen kann.

Aus der Herbstarbeit

An unserer gemeinsamen musischen Wochenendschulung SDJ-Osterreich/Bayern in Waldkraiburg am 10./11. Oktober nahmen 41 Kameradinnen und Kameraden aus Oesterreich (Wien, Oberösterreich, Salzburg) teil. Die Schulung umfaßte Singen, Volkstanz, Dichterlesung, Laienspiel und Kulturfilme über Alfred Kubin und Harald Kreutzberg. Besondere Beachtung fanden die praktische Führung der Gruppe und das Singeleiten (Dirigieren). Neben den Walzer-, Polka- und Stoppel-Grundschriften wurden auch Zweier-, Dreier- und Vierer-Volkstänze durchgenommen und angeübt. So schnell kann man natürlich das alles auf einmal nicht erfassen, und so wurde angeregt, in nächster Zeit wieder eine ähnliche Schulung anzusetzen. Hauptreferent war Gerald Hellebrand, Leiter der Schönhengster Sing- und Spielschar.

Der Lichtbildervortrag „Sudetendeutsche Jugend — Sudetendeutsche Landsmannschaft“ wird am 8. November in Aschach an der Donau, Gasthaus Lackner, 14 Uhr, für den Bezirk Eferding gehalten. Bundesjugendführer Schaner wird über die Arbeit in der Jugend und über die von der Volksgruppe an die Jugend gestellten Aufgaben berichten.

Unsere Winteraktion 1964 für bedürftige Kinder im Grenzgebiet läuft bis 10. Dezember 1964. Wir ersuchen um gut erhaltene Kleidungsstücke, Bücher, Spielsachen, Wäsche usw.

Geldspenden bitte auf das Konto Nr. 501, Oberbank Wels, unter dem Titel „Winteraktion 1964“ zu überweisen.

Sachspenden bitte an Othmar Schaner, Wels, Südtirolerstraße 6c, zu senden.

Unsere Heimatpolitische Bundes-schulung mit Besprechung der Bundesjugendführung am 14./15. November in Linz muß aus technischen Gründen verschoben werden. Neuer Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Landesgruppe Oberösterreich

Wenn wir zu Beginn des neuen Arbeitsjahres 1964/65 auf das abgelaufene einen Rückblick halten, so stellen wir einige sehr erfreuliche Punkte fest. Die Arbeit in den Gruppen wurde aktiviert, zahlreiche neue Mitglieder meldeten sich auf Grund unserer Aktionen an, bei verschiedenen Großveranstaltungen unseres Bundes, wie zum Beispiel Zeltlager zum Sudetendeutschen Tag, Sommerlager usw., stellte unsere Landesgruppe jeweils die stärkste Teilnehmergruppe aus Oesterreich.

Den weiteren Weg wollen wir auf unserm Landjugendtag am 28./29. November 1964 in Linz festlegen. Wir erwarten bevollmächtigte Vertretungen aus den Jugendgruppen Braunau am Inn, Eferding, Enns, Freistadt, Kremsmünster, Linz, Ried im Innkreis, Rohrbach, Steyr und Wels.

SL-Bezirksgruppen von Oberösterreich, in denen noch keine Jugendgruppen bestehen, werden eingeladen, ihren Jugendreferenten zum Landesjugendtag zu entsenden.

Auf dem Programm stehen unter anderem Neuwahl der Landesjugendführung, Organisation, Ausbau der Landesgruppe, Schulungsarbeit für Führungskräfte. Rundschreiben mit genauen Angaben folgt!

Schifffahrt der SDJ-OOe.

Alle, die Schifffahren können bzw. lernen wollen, laden wir zu unserer Schifffahrt im Gebiet Dreisselberg herzlich ein. Unterkunft im Webingerhaus. Zeit: 30. Dezember 1964 bis 3. Jänner 1965, Mindestalter 15 Jahre, Anmeldung an Franz Böhm, Linz/Urfahr, In der Aichwiesen 19.

Bundesverband

SLÖ-Rechtsschutzverband der Gmundner Pensionisten und Wiedereingestellten

Mittwoch, 11. November, um 17 Uhr, findet im Restaurant Kühler, Wien 9, Hahngasse 24, unsere Monatsversammlung statt. In dieser werden bedeutsame Mitteilungen über die Entwicklung der Verhandlungen gemacht werden, die auf eine Angleichung der noch nicht gleichgestellten Gmundner Pensionisten an die der Kollegen in der BRD abzielen. Fest steht, daß vor Monaten österreichischerseits keine Bedenken gegen eine Angleichung bestanden, sofern die BRD die hierfür nötigen Mittel allein zur Verfügung stellt. Nach vorliegenden Berichten ist anzunehmen, daß aber auch deutscherseits gegen diese Absichten kein wesentlicher Einwand besteht. Es wäre unverständlich, wenn österreichischerseits eine soziale Besserstellung des angesprochenen Personenkreises abgelehnt würde, insbesondere, wenn dies zum Nutzen der in Oesterreich lebenden heimatvertriebenen ehemaligen Staatsdiener erfolgen könnte, denn dabei hätte auch Oesterreich einen Vorteil, ohne neue Lasten auf sich zu nehmen. — Es liegt im Interesse aller Gmundner Pensionisten, die Monatsversammlung zu besuchen. Beitrittsanmeldungen dort, sowie Wien I, Hegelgasse Nr. 19 — und Linz, Goethestraße 63, Zimmer 11, in den Sprechstunden.

Wien, NÖ., Bgld.

Bund der Erzgebirger

Unseren im November geborenen Mitgliedern seien die besten Glückwünsche dargebracht, insbesondere den beiden Jubilarinnen Cäcilie Mico, 65, und Else Menschik, 60. Leider erreichte uns auch eine sehr tragische Nachricht. Durch einen Verkehrsunfall verloren wir Ehrenmitglied Winkl. Amrats Rudolf Veit. Lm. Veit, langjähriger Buchprüfer unseres Vereines, wurde im wahrsten Sinne des Wortes von der Seite seiner treuen Gattin Maria gerissen. Beim Überqueren der Straße verletzte ein Auto Lm. Veit lebensgefährlich, kurz darauf starb er, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben. Viele Kränze und Blumen beim Begräbnis am 23. Oktober zeugten von der allgemeinen Beliebtheit unseres Landmannes. Als letzten Gruß sangen wir Amrats Veit das Feierabendlied von Anton Günther am offenen

Grab. Als treuer Sohn seiner geliebten Heimatstadt Komotau wird uns Lm. Veit in steter Erinnerung bleiben.

Die zahlreiche Beteiligung unserer Landsleute an der feierlichen Totenandacht am Allerheiligentage in der Augustinerkirche zeugte von der Verbundenheit mit den lieben Verstorbenen in der verlorenen Heimat.

Freudenthal

Die „Schlesische Kirmes“ am Sonntag, 11. Oktober, im Restaurant Daschütz wies einen guten Besuch auf. Nach dem Lied: „Grüß dich Gott, mein liebes Freudenthal“, gesungen von Frau Grete Nitsch und Willi Peschke, begrüßte Obmann Roßmanith die Mitglieder und Gäste, insbesondere Frau Paula Schedo, die nach langer Krankheit wieder unter uns weilte, und den Obmann des Humanitären Vereines der Schlesier, Landmann Escher. Heimatlichen Dank zollte er der Familie Weyrich, die den Saal und die Tische mit Blumen und Früchten geschmückt hatte. Die Heimatgruppe hat den Heimgang des Lm. Alois Schneider zu beklagen, der nach kurzem Leiden am 7. Oktober gestorben ist. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Ehrung von Mitgliedern: zum 65. Lebensjahr Hildegard Weinert, zum 70. Lebensjahr Helene Benischke, Friede Egger, Hermine Pospichal, zum 75. Josef Krämer, Emilie Luch und zum 80. Prof. Ing. Josef Herfert. Ihnen wurden Bilder der Heimat überreicht. Auch den im Oktober geborenen Mitgliedern wurden beste Wünsche ausgesprochen. Hierauf sprach Lm. Langer über den „Kirmesgedanken“, besonders, wie in Freudenthal und Umgebung die Kirmes gefeiert wurde. Frau Grete Nitsch trug das „Kirmesgedicht“ von Urban vor. Sodann wurde gemeinsam ein Lied gesungen. Im geselligen Teil trugen die „Drei lustigen Brüder aus Freudenthal“ viel zur Belebung des Heimateffens bei. Der Kirmeskuchen der Lm. Frau Schlögel hat guten Anklang gefunden. Die musikalische Ausgestaltung der Feier besorgte die bewährte Kapelle Mayrhauser-Gruber.

Jägerndorf

Wir laden unsere Mitglieder und Freunde zu dem am 29. November im Kellerstüberl beim Landmann KR Knötig (Zipferbräu) stattfindenden Heimateffend herzlich ein. Frau Skoda, die uns schon einmal prachtvolle Bilder von ihrer Spanien- und Madeira-Fahrt gezeigt hat, wird uns diesmal von einer interessanten Reise in die baltischen Staaten erzählen und uns hiezu wieder Bilder vorführen.

Gleichzeitig machen wir heute schon auf unsere Weihnachtsfeier am 20. Dezember auf-

merksam, zu der aber noch eigene Einladungen ausgesandt werden.

Kärnten

Klagenfurt

Am Samstag, 7. November, findet um 20 Uhr in der Bahnhofrestauration in Klagenfurt ein Heimateffend statt. Anschließend hält Landmann Prof. Gerlich einen Lichtbildervortrag über „Holland“.

Oberösterreich

Böhmerwälder

Zu Allerheiligen wurde wieder — wie in den vergangenen Jahren — vom Verband der Böhmerwälder zum Gedenken der in der alten Heimat und in der Fremde ruhenden Landsleute am Vertriebenenkreuz auf dem St.-Martiner Waldfriedhof ein Kranz mit weißgrünen Schleifen niedergelegt. An der Feier, welche bei strahlendem Sonnenschein stattfand, nahmen neben Verbandsobmann Hager und Ehrenobmann Wollner auch mehrere Ausschußmitglieder teil. Worte des Gedenkens sprach Lm. Schebesta.

Riesen- und Isergebirgler

Die Heimatgruppe der Riesen- und Isergebirgler hatte ihre Landsleute zum Heimateffend am 22. Oktober eingeladen, und es hat uns, wie bereits angekündigt, Landmann Corazza mit einem sehr interessanten Lichtbildervortrag ein schönes Stückchen Welt gezeigt. Er führte uns von Nürnberg durch den Schwarzwald in die Schweiz, und zwar nach Basel, in den Engadin usw. Alle waren von den wirklich herrlichen Farbaufnahmen sehr begeistert. Wir danken Landmann Corazza noch herzlich dafür. Gleichzeitig möchten wir nicht versäumen, unserem bewährten Obmann, Landmann Drechsel, auf diesem Wege zu seinem 60. Geburtstag die besten Glückwünsche darzubringen.

Südmährer in Linz

Am 19. September ist Frau Luise Nowotny, die Gattin unseres Verbandschriftführers Eugen Nowotny, unerwartet, nach kurzem, schwerem Leiden, in Linz im 69. Lebensjahr verstorben. Wir betrauern diesen Abgang um so mehr, als sich die verstorbene Landsmännin allgemeine Beliebtheit erwarb und sich stets als getreue Gefährtin der Heimat auszeichnete. Das Begräbnis fand bei großer Beteiligung auf dem Barbarafriedhof in Linz statt.

Ebenso betrauern wir den Verlust unseres Verbandsfunktionärs, Freundes und Kameraden Lm. Viktor Hermann, der ebenso unerwartet schnell im 60. Lebensjahr von uns gegangen ist. In seiner bescheidenen Art hat er sich die vollen Sympathien seiner Umwelt wie auch die seiner Landsleute im besonderen erworben. Wir verloren in ihm einen getreuen, guten Mitarbeiter und Ehrenzeichenträger. Der Verblichene wurde auf dem Barbarafriedhof in Linz bei reger Beteiligung der Landsleute zu Grabe getragen.

An der Bahre der beiden Verstorbenen sprach der Verbandsobmann, Nohel, namens des Verbandes der Südmährer Worte des Abschieds und des Dankes. Den Angehörigen unsere zutiefst empfundene Anteilnahme.

J. N.

Sprengel Derfflingerstraße

Samstag, 14. November, Heimateffend im Blumauerstüberl, Linz, Blumau 9.

Ried im Innkreis

Unsere diesjährige Hauptversammlung halten wir am Samstag, 7. November, 15 Uhr, im Gasthof Träger, Ried i. L., Roßmarkt, ab.

Steyr

Zu Allerheiligen wurde wie in den vergangenen Jahren bei der Gedenkstätte für die Toten der Heimatvertriebenen am Friedhof eine schlichte Feier abgehalten. Viele Landsleute fanden sich ein, um so der in der alten Heimat oft schon dem Verfall preisgegebenen Gräber in stiller Andacht zu gedenken. Ein Choral, gespielt von der Stadtkapelle Steyr, die sich uneigennützig zur Verfügung gestellt und dadurch die Feier würdevoll untermalte, leitete diese ein, der gefühlvolle Worte des Bezirksobmannes Lm. Röllinger folgten. Die Sudetendeutsche Sängergemeinschaft Steyr trug das Lied „Über den Sternen“ vor und als Ausklang spielte nochmals die Steyrer Stadtkapelle das Lied vom guten Kameraden. So schloß diese wirklich würdevolle Feier, viele Blumen und Kerzenlichter schmückten die Stätte.

Salzburg

Anlässlich ihres 80. Geburtstages übermitteln wir unseren Landsmänninnen Anna Beyer und Maria Kohner die allerherzlichsten Glückwünsche, zum 75. Geburtstag ebenso herzlich Marie Keilner, Klementine Kolb, Dir. Leo Nedopil und Antonia Neuber, auch unseren anderen Geburtstagskindern Marie Buchner, Martha Buchmann, Dipl.-Ing. Johann Czech, Ing. Karl Florl, Grete Kappel,

Hermine Krones, Hermine Seifert, Karl Stanzel und Felix Steinbrecher beste Wünsche.

Einen schweren Verlust erlitt der Landesverband durch den Tod seines langjährigen treuesten Mitgliedes Lm. Dipl.-Ing. Franz Machacek, von dem wir am Dienstag, 22. Oktober, in St. Gilgen Abschied für immer nehmen mußten. Er folgte seiner geliebten Gattin, die ihm im August dieses Jahres in den Tod vorausgegangen ist.

Am Dienstag, 8. Dezember (Maria Empfängnis), veranstaltet der Landesverband die Vorweihnachtsfeier. Wir bitten alle Landsleute, sich diesen Tag freizuhalten. Näheres folgt in der nächsten Nummer der „Sudetepost“.

Steiermark

Judenburg

Wieder riß der Tod eine Lücke in unsere Reihen. Am 20. Oktober geleiteten wir den in Mährisch-Lotchnau geborenen, bis zu seiner Vertreibung in Chrostau lebenden Landmann Franz Herzog zur letzten Ruhe. Trotz seines Alters von 87 Jahren nahm er noch regen Anteil am Wirken der Landsmannschaft, die ihm ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Die wegen ihrer rührigen Tätigkeit sehr beliebte, aus Reichenberg stammende Landsmännin Liesbeth Fiebinger übersiedelte von Judenburg nach Graz. Wir danken ihr auch an dieser Stelle für die stete Hilfsbereitschaft und wünschen ihr im neuen Heimatort alles Gute.

UHRMACHERMEISTER
GOTTFRIED ANRATHER
Schmuck, Uhren
Reparaturwerkstätte
Prompte Bedienung, mäßige Preise
KLAGENFURT
PAULITSCHGASSE 9

Unsere besten Wünsche gelten heute der eifrigen Landsmännin Hedwig Hirnschall, die am 20. November ihr 70. Lebensjahr vollendet. Wir wünschen, daß die in Bad Königswarth, Eger, geborene Landsmännin auch weiterhin in voller Frische und Gesundheit keinen Heimabend und keine Fahrt versäumt. Der in Trzynietz in Schlesien geborene Landmann Theodor Jungbauer begeht am 5. November seinen 75. Geburtstag. Auch ihm wünscht die Bezirksgruppe alles Gute und einen gesunden Lebensabend.

Sonstige Verbände

Hochwald

Sonntag, 18. Oktober, veranstalteten wir unter Leitung des Obmannes Fischer eine Fahrt zum Südmährerkreuz bei Klein-Schweinbarth. Wir sahen Nikolsburg und gedachten der verlorenen Heimat, deren Rückgewinnung auf friedliche Weise unser Ziel bleiben muß, insbesondere aber der Opfer des Brünner Todesmarsches. Wir fuhren dann weiter nach Erdberg bei Poysdorf, wo wir an einem Weinlesefest teilnahmen, das in bester Stimmung verlief. Es waren ca. 60 Teilnehmer, darunter Mitglieder der Ortsgruppe Stockerau der SLÖ und der Egerländer Gmoi. — Unser nächster Heimateffend mit Totengedenken findet Sonntag, 8. November, in der Gastwirtschaft Nigischer statt. Zu zahlreicher Teilnahme wird herzlich eingeladen. Sonntag, 15. November, 15 Uhr, entzündeten wir anlässlich des 20jährigen Todestages zum ehrenden und dankbaren Gedenken an den großen Förderer Josef Gangls, den kgl. Professor Carl Muth, Gründer und Herausgeber der Monatszeitschrift „Hochland“, München-Solln, am Grabe Josef Gangls auf dem Baumgartner Friedhof ein Licht. Die Teilnehmer treffen sich um 14.45 Uhr beim Eingang zum Friedhof. Nach der Feier gemütliche Zusammenkunft in der Gastwirtschaft Katharina Nürnberg, XIV, Linzerstraße 251. — Weihnachtsfeier: Samstag, 12. Dezember, 17 Uhr, bei Nigischer. — Beim Heimateffend, Sonntag, 10. Jänner, bei Nigischer, spricht unser Obmann-Stellvertreter Amrats Lenz über den berühmten Arzt und Universitätsprofessor Dr. Johann Ritter von Oppolzer aus Grazen. — Am 21. September 1964 starb Frau Olga Maresch, ehem. Beamtin der Papierfabrik in Krumm, im 72. Lebensjahr. Die Beerdigung fand am 29. September am Wiener Zentralfriedhof statt.

Kanonikus-Wenzel-Jaksch-Komitee in Wien

Nach der Errichtung und Weihe der Gedenktafel und Herausgabe der Gedenkmarken (Bischof Neumann, Kanonikus Wenzel Jaksch, Karl Graf Buquoy und Wallfahrtskirche Maria Trost in Brünnl) verbleibt uns als letzte Aufgabe die Verfassung und Herausgabe der Biographie von Kanonikus Wenzel Jaksch aus Konradschlag bei Grazen, Südböhmen. Hiezu benötigen wir folgendes: 1. An wel-

Großes Teppichlager, Möbelstoffe,
Vorhänge, moderne Polstermöbel,
Fremdenzimmer, Gartenmöbel
Alleinverkauf: String-Wandmöbel

MÖBEL-KLINGE

Klagenfurt, 8.-Mai-Straße 28-30, Tel. 2775

Fachmännische Beratung
unverbindlich

landsmannschaften - berichte der landsmannschaften - berichte der landsmannschaften

chem Gymnasium begann Jaksch seine Studien, ehe er nach Wiener Neustadt kam? 2. Wer weiß Näheres über seinen geistlichen Oheim Wiesinger aus Rauhenschlag, der sich seiner annahm und ihn nach Wiener Neustadt brachte, und wo wohnte er daselbst? 3. Für die Biographie benötigen wir ein gutes Photo von Kanonikus Jaksch (das Bild auf der Marke ist für die Biographie zu klein). Freundliche Zuschriften, für die im vorhin ein bestens gedankt sei, werden erbeten an Franz Lenz, Wirkl. Amtsrat i. R., Wien XVII, Rosensteingasse 81/II/4.

Mit Wünschen bedacht

Emil Breuer 80 Jahre

Zum 80. Geburtstag von Emil Breuer, dessen der Bundesverband schon in der Sudetenpost Folge 20, gedacht hat, wird uns noch geschrieben:

Am 30. Oktober 1964 feierte der Bundesreferent für Wirtschaft und soziale Fragen im Bundesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Landsmann Emil Breuer, seinen 80. Geburtstag.

Der Geburtstag Emil Breuers ist ein Ehrentag für den ganzen Bundesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft, denn an diesem Tage ehrt die Landsmannschaft einen Volksgruppenrepräsentanten, der sein ganzes Leben in den Dienst des Sudetendeutschentums gestellt hat, unermüdet für Volk und Heimat gekämpft hat und heute als Senior der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu den letzten Landsleuten gehört, die noch zur Generation unseres verstorbenen Altsprechers gehören und sein Erbe bewahren

ren und als Auftrag an die junge Generation weitergeben.

Emil Breuer wurde am 30. Oktober 1884 in Kratzau im Landkreis Reichenberg geboren. Nach dem Besuche der Volks- und Bürgerschule in seiner Heimatstadt trat er in den Sparkassendienst und stieg in seinem Berufe bis 1934 zum Direktor der Reichenberger Sparkasse auf.

Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns war auch für Emil Breuer ein entscheidender Einschnitt in sein Leben, mit der zwangsweisen Eingliederung unserer Heimatgebiete in den tschechoslowakischen Staat wurde er zum entschiedenen Kämpfer für das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der sudetendeutschen Volksgruppe.

Emil Breuer fand im „Bund der Deutschen“ ein großes und weites Betätigungsfeld. Als Obmann der Bezirksgruppe Reichenberg des „Bundes der Deutschen“ faßte Emil Breuer die Bezirksgruppen Reichenberg, Friedland, Gablonz a. d. Neiß, Böhm.-Aicha und Deutschgabel zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen und erreichte im Jahre 1930 die Umwandlung dieser Arbeitsgemeinschaft in den „Jeschken-Isergau des BdD in Böhmen“. Mit diesen rationalisierten Arbeitsmethoden in der BdD-Verbandstätigkeit schuf er ein Muster, nach dem in den Jahren 1931 und 1932 die Bundesgaue des BdD geschaffen wurden. Es gelang ihm, im Jahre 1933 die Vereinigung der Bünde der Deutschen in Böhmen, in Südmähren, in Nordmähren und in Schlesien zu einem einheitlich geführten „Bund der Deutschen“ durchzusetzen. Der Bundesführer des „Bundes der Deutschen“, Pfarrer Gottfried Wehrenfennig, hat Emil Breuer deshalb zu einem seiner Stellvertreter berufen.

Im „Bund der Deutschen“ hat Emil Breuer ein Wirtschaftsamt im Goetheheim in Reichenberg aufgebaut und als Wirtschaftsreferent auch die Genossenschaften „Heimwerk“ und „Heimatscholle“ zum Schutze des deutschen Volksbodens ausgestaltet.

Die unermüdetliche Tätigkeit Emil Breuers war den tschechoslowakischen Behörden stets ein Dorn im Auge und sie setzten schließlich im Jahre 1934 seine Pensionierung durch. Damit hatten die tschechischen Chauvinisten aber nur erreicht, daß sich Emil Breuer nun mit seiner ganzen Tatkraft der Arbeit im „Bund der Deutschen“ widmen konnte.

Parteilpolitisch war Emil Breuer Anhänger der Deutschen Nationalpartei des Landeshauptmannes von Deutschböhmen, Rudolf Lodgman von Auen gewesen. In der Deutschen Nationalpartei hatte er mehrere Funktionen bekleidet. Er war von 1929 bis 1933 Mitglied der Stadtvertretung von Reichenberg und arbeitete in der Partei vor allem in der Jugendfürsorge.

Emil Breuer wurde wegen seiner Tätigkeit in der Deutschen Nationalpartei und im „Bund der Deutschen“ auch in den Hochverratsprozeß gegen Dr. Patscheider gezogen. Als Wirtschaftsreferent des „Bundes der Deutschen“ wurde im Jahre 1937 von den Tschechen gegen ihn eine Untersuchung wegen Industriespionage eingeleitet, weil er ein reichsdeutsches Patent auswerten wollte, um eine Minderung der Arbeitslosigkeit in den sudetendeutschen Gebieten zu erzielen. Kurz vor dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich wurde Emil Breuer von den Tschechen als Geisel verhaftet, in die Strafanstalt Karthaus bei Jitschin gebracht, bei der Einlieferung schwer mißhandelt und 1938 konnte er nach der Befreiung des Sudetenlandes am 7. Oktober in seine Reichenberger Heimat zurückkehren.

Emil Breuers Leidensweg war aber noch lange nicht vollendet. Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches wurde er am 7. Juni 1945 von der tschechischen Revolutionsgarde wiederum verhaftet und bis Mai 1948 interniert, nachdem ihn das Volksgericht am 24. November 1947 zu 17 Monaten schwerem Kerker verurteilt hatte.

Erst im Jahre 1948 konnte Emil Breuer die Tschechoslowakei verlassen und kam mit seiner Familie in das Flüchtlingsheim Kulmbach, wo er bald Lagerausschußobmann wurde. Mit dieser Funktion begann Emil Breuer für die heimatvertriebenen Deutschen und insbesondere seine sudetendeutschen Schicksalsgefährten seine Lebensarbeit fortzusetzen. Es war selbstverständlich, daß Emil Breuer sofort zur Sudetendeutschen Landsmannschaft unter Führung von Rudolf Lodgman von Auen stieß, dessen treuer Erfolgsmann er bis zu dessen Tode blieb.

Beim I. Sudetendeutschen Tag 1950 in Kempten wurde er zum Rechnungsprüfer des Hauptverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft gewählt und übernahm 1951 das Wirtschaftsreferat des Hauptverbandes und späteren Bundesverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Im Jahre 1950 war Emil Breuer Mitbegründer des Heimatkreises Reichenberg und des Landschaftsrates Polzen-Neiße-Niederland, dessen Vorsitzender er bis zum Jahre 1954 war. Im Jahre 1954 wurde Emil Breuer in die Bundesversammlung der SL gewählt. Er ist bis heute ohne Unterbrechung Mitglied des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft und leitet seit 1950 in ehrenamtlicher Funktion das Wirtschaftsreferat, das im Jahre 1959 mit dem Sozialreferat vereinigt wurde.

Emil Breuer hat sich um die wirtschaftliche Eingliederung verdient gemacht. Er gab seinen Landsleuten Aufklärung in der Beantwortung von Zehntausenden von Briefen, durch mündliche Beratung und durch Zeitungartikel. Die Zahl seiner Vorträge während der letzten Jahre ist nicht zu überblicken, denn Emil Breuer war fast jedes Wochenende bei Orts- und Kreisgruppenversammlungen der SL und hat die Landsleute dort beraten. In 99 Sitzungen des LAG-Ausschusses des Bundes der Vertriebenen in Bonn hat er für die Durchsetzung eines gerechten Lastenausgleiches gekämpft und auf dem Gebiet der Sozialpolitik Vorschläge unterbreitet.

Der Bundesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft hat Emil Breuer alle Ehrungen zuteil werden lassen, die er zu vergeben hat. Rudolf Lodgman hat ihn als einen der ersten mit der Rudolf-Lodgman-Plakette ausgezeichnet, Dr. Ing. Seeböhm hat ihm beim Sudetendeutschen Tag 1963 in Stuttgart den Ehrenbrief der sudetendeutschen Volksgruppe überreicht, für seine Verdienste für Volk und Staat wurde Emil Breuer vom Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

An seinem 80. Geburtstag aber sagen Hunderttausende sudetendeutsche Landsleute Emil Breuer Dank für sein unermüdetes Wirken für die Volksgruppe und Heimat, für Volk und Vaterland.

Möge ein gütiges Geschick Emil Breuer noch lange Kraft und Gesundheit schenken, damit er weiter für sein Lebensziel wirken kann: für eine freie Heimat der sudetendeutschen Volksgruppe.

Albert Karl Simon

Professor Ivo Saliger — ein Siebziger

In Bad Goisern feierte am 21. Oktober der bekannte Wiener Maler und Graphiker Saliger seinen 70. Geburtstag.

Es ist eine Ehrenpflicht, hier dieses hervorragend schöpferisch tätigen Sudetendeutschen zu gedenken. Der aus Königsberg (Schlesien) gebürtige Künstler, der seinerzeit in Paris bei Ogenfant und Leger studiert hatte und in Wien ein Schüler Ferdinand Schmutzers war, hat in rein ästhetischer Erfüllung Schönes in jener harmonischen Ausführung zu gestalten vermocht und Form und Farbe gleicherart packend zu erfassen verstanden, wie wir es in unserer Zeit leider so selten antreffen, so daß der Begriff „Verinnerlichung wahrer Kunst“ etwas Rares geworden ist...

Ererbt hat Ivo Saliger sein Können von einem Ahn mütterlicherseits, in dem deutsches Blut mit französischem sich mischte. Seinem französischen Adel mitentstammenden Urahn wurde in der Familie ein besonderes Talent für Malerei nachgerühmt, und Autodidakt, der er war, hatte er auch die meisten seiner Angehörigen in guter Wiedergabe auf die Leinwand gebannt.

Wem von früher die Werke Saligers nicht bekannt sind, der wird bei einem allfälligen Besuch in des Künstlers Atelier in der Wiener Lehargasse sehr beeindruckt sein, denn was dort an Graphiken und Malereien aufgestapelt ist, kann nur Bewunderung hervorrufen. Auf dem Sektor der dekorativen Malerei und Radierung (sein wohl bekanntestes Werk „Arzt und Tod“ hat den Siegeszug um die ganze Welt angetreten!) schuf Saliger Hervorragendes; als Porträtist bekannter Persönlichkeiten, wie Rolland, Slezak, Ginzkey usw., erntete er vieles Lob. Und seine Akte! Hier offenbarte sich in der Wiedergabe jungfräulicher Schönheit und Grazie das ganze tiefe Verständnis des Schaffenden, Erlesenes in Formenpracht dort aufzuspüren, wo es tatsächlich vorhanden ist.

Professor Saliger, der seit reichlich zwanzig Jahren Bad Goisern seine Erholungsmonate zugebracht hat, durfte im Laufe der Zeit Preise und Auszeichnungen für sein Können einheimen. Daß dem hochbegabten Künstler in den Folgejahren weiteres reges Schaffen bei bestem Wohlsein und die verdiente Würdigung zuteil werden möge, ist der aufrichtige Wunsch seiner vielen Freunde und Gönner!

E. Bgr.

Auszeichnung

Der Bundespräsident hat dem Hauptschuldirektor Josef Mayer an der gemischten Hauptschule 2 in Linz den Titel Oberschulrat verliehen. Oberschulrat Mayer ist innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft, des Verbandes der Böhmerwälder und des Sudetendeutschen Singkreises seinen Landsleuten als ein besonnener, allzeit treuer Mentor und Mitstreiter zur Verfügung gestanden. Seine Landsleute gratulieren zu der Auszeichnung, die einem hervorragenden Schulmann zuteil geworden ist, herzlich. In der Nachbarschaft der künftigen Hochschule am Auhof hatte Direktor Mayer die Aufgabe erhalten, eine neue Hauptschule aufzubauen. Er hat diese Aufgabe mit großer Umsicht gelöst.

In der letzten Heimat

Gymnasialdirektor Dr. Ludwig Pohnert †

Dr. Ludwig Pohnert wurde im Jahre 1885 in Kettowitz in Deutsch-Böhmen geboren. Nach Absolvierung des Gymnasiums in Kaaden studierte er an der Deutschen Universität in Prag, promovierte zum Dr. phil. und legte 1908 die Lehramtsprüfung für Mittelschulen für Deutsch und Latein als Hauptfächer und Griechisch als Nebenfach ab. Nach mehrjähriger erfolgreicher Lehrtätigkeit an Gymnasien in Linz — hier zählte zu seinen Schülern der heutige Landeshauptmann Doktor Gleißner —, Triest und Wien wurde er 1936 zum Direktor des Bundesgymnasiums im 18. Wiener Gemeindebezirk ernannt. Er hat klug und verständnisvoll seine Anstalt durch all die Wirren der Zeit geleitet, war seinen Mitarbeitern ein aufrechter, hilfsbereiter Kollege, seinen Schülern ein väterlicher Freund und Berater. Dr. Pohnert war ein würdiger Repräsentant der in Oesterreich wirkenden sudetendeutschen Lehrer. Er war ein hervorragender Germanist. Das von ihm herausgegebene „Deutsche Lesebuch für Mittelschulen“ und die mit Dr. Streinz verfaßte „Einführung in das Deutsche Schrifttum“ waren wertvolle, vielfach benützte Unterrichtshelfer. Er spielte auch in der Ständeververtretung der Mittelschullehrer eine führende Rolle, wurde bei der Gestaltung der Lehrpläne als Berater herangezogen und hat sich um die österreichische Mittelschule größte Verdienste erworben.

Vorbildlich war seine Heimattreue und seine jederzeit opferfreudige Einsatzbereitschaft im Dienste der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der für ihn zuständigen Heimatgruppen. Er war auch Mitarbeiter und Berater bei der Gestaltung des von mir herausgegebenen Sammelwerkes „Oesterreicher aus sudetendeutschem Stamme“.

Er starb am 12. Oktober 1964 an den Folgen eines schweren Verkehrsunfalles.

So ist wieder einer der treuesten und verläßlichsten Freunde und Landsleute von uns gegangen, dessen wir immer in Dankbarkeit ehrfurchtsvoll gedenken wollen.

Hubert Partisch

SUDETENPOST

LinZ, Goethestraße 63, Fernsprecher 27 3 69
Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Oesterreich (SLO). Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sudetendeutscher Presseverein, Obmann Ing. Alfred Rügen, Linz, Goethestr. 63 (27 3 69). Verantwortlich für den Inhalt: Gustav Putz, Linz, Richard-Wagner-Straße 11 (23 4 78). Druck: Druckerei und Zeitungsdruckhaus J. Wimmer Gesellschaft m. b. H. & Co., Linz, Promenade 23. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Bezugspreis vierteljährlich 12 S, Einzelnummer 2 S. Die Bezugsgebühr wird durch die Post eingehoben.

Anzeigenannahme: Linz, Goethestraße 63 (27 3 69). Anzeigentarif: Im Textteil je mm Höhe und 65 mm Breite 4.30 S, im Anzeigenteil je mm Höhe und 32 mm Breite 1.90 S. Auflage kontrolliert. Entgeltliche Einschaltungen im Textteil sind durch P R gekennzeichnet.

Postsparkassenkonto 73.493, Bankkonto bei der Allgemeinen Sparkasse in Linz, Konto 2813.

Wertvolle Geschenke, Stoffe — Bettwäsche — Decken, kaufen Sie gut bei Textil-Kuchar, Villach.

Jergitschgitter für Einfriedungen, Stiegen- und Balkongeländer. Klagenfurt, Priesterhausgasse 4. Tel. 50 65.

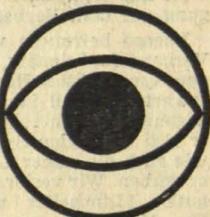
Handtaschen, Reisekoffer, eine herrliche Auswahl! Lederwaren-Spezialgeschäft Christof Neuner, Klagenfurt, St.-Veiter-Straße.

Stiefel - Pelzschuhe - eine enorme Auswahl. Schuhhaus Neuner, Klagenfurt, Sankt-Veiter Straße.

Engel-Apotheke Mr. A. Puschenjak Villach, Bahnhofstraße Telefon 44 72

Für jede Jahreszeit sämtliche Regenbekleidung im Fachgeschäft Tarmann, Klagenfurt, Völkermarkter Straße Nr. 16.

Auflage kontrolliert



und veröffentlicht im HANDBUCH DER PRESSE

Weberei Noswitz, Klagenfurt, Karfreitstraße 7. Zierpolster, Ueberwürfe, Wandbilder, Zierdecken, Flekerleppiche, Saisonschlager — Rezeptbücher, Kelim.

Herrenhemden, Wäsche, Strickwaren, Strümpfe bestens im Kaufhaus SPERDIN, Klagenfurt, Paradeisergasse 3

Lindwurm-Drogerie, Photo- u. Reformhaus, Robert Wernitznig, Klagenfurt, Pernhartgasse Nr. 3, Ruf 24 40, Ihre Einkaufsquelle: Geschenkkassetten, Parfüm, Photoapparate, Filme.

Wohnungen, Realitätenmarkt, Geschäfte, Betriebe, Hans Triebelnig, Klagenfurt, Neuer Platz 13/II, Tel. 48 23. Vermittlungstätigkeit in ganz Oesterreich. Auch Ausland.

„Köstliche Getränke“! Immer willkommene Geschenke! Größte Auswahl internationaler Spirituosen u. Spitzenweine, hübsch adjustiert und verpackt, aus den Spezialgeschäften: Josefina Pichler, Linz; Weinhandlung Grassl, Steyr.

Seit 1892, Grundner Nähmaschinen, Klagenfurt, Wiener Gasse 10, Telefon 51 83. Kostenlose Unterweisung Nähmaschinen, Strickmaschinen, Fahrräder.

Erscheinungstermine 1964
Folge 22 am 20. November (Einsendeschluß am 16. November)
Folge 23 am 4. Dezember (Einsendeschluß am 1. Dezember)
Folge 24 am 18. Dezember (Einsendeschluß am 14. Dezember)

LANDSLEUTE kauft bei den Inserenten der Sudetenpost

DNK
KRONFUSS
Klagenfurt, Bahnhofstraße 15 • Tel. 28 33
Krankenkassenlieferant / Brillen / Feldstecher / Thermometer / Barometer und alle einschlägigen Artikel

OHNE UMWEGE
zu formsternen, preisgünstigen Qualitätsmöbeln!
Dauphinestr. 192/41 2 66
Glimpfingerstr. 102/41 6 30
Langholzfeld 498
MÖBEL NEUE HEIMAT LINZ
DOSTAL KG

DL
Stete Qualität garantieren die Erzeugnisse der Deutschen Linoleum-Werke
Stragula Linoleum deliflex - Fliesen deliplast - Fliesen Plastino - Filzbelag Coverall - Spannteppich Teppiche großer Auswahl
Lieferung und Verlegung durch
ORASCH' ERBEN
KLAGENFURT, Prosenhof, Tel. 56 38

Landsleute! spart bei den OBERÖSTERREICHISCHEN **SPARKASSEN**